

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Bolen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung u. c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Bolen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blätter vorrichtig u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. **Postleistungskosten:** Bolen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 118

Bromberg, Donnerstag, den 23. Mai 1935.

59. Jahrg.

Die Autorität des Rechts.

Wir lesen in dem dem Regierungslager nahestehenden konservativen „Gas“, in einem Aufsatz, der sich mit den Auswirkungen des Ablebens des Marschalls Piłsudski beschäftigt, u. a. folgendes:

Wenn die Macht im Staat sich nicht ausschließlich auf die physische Kraft und auf den Terror stützen soll, so muß sie als Grundlage irgend eine andere Autorität haben, um sich Gehör zu verschaffen. Eine solche Autorität kann das persönliche Ansehen eines großen Mannes sein. Ein solcher Zustand herrschte bis unlängst in Polen. Die Organe unserer Staatsgewalt hatten eine gesicherte Achtung und fanden Gehör, da hinter ihnen die Autorität des Marshalls stand. Doch der Zustand, bei dem sich die Macht auf die Autorität einer großen Persönlichkeit stützt, ist ein Ausnahmestand, einfach aus dem Grunde, weil große Persönlichkeiten in der Geschichte der Völker nur selten erscheinen. Ein solcher Zustand ist damit vorübergehend, ist kein ständiges normales System.

Es entsteht nun die Frage, welcher Faktor von nun an der Fels sein wird, der den Organen der staatlichen Behörde Gehör verschafft und damit ein Garant des normalen Gangs des staatlichen Lebens, ein Garant des Friedens, der Ruhe und Ordnung sein wird.

Dieser Fels wird nicht die Autorität einer anderen Persönlichkeit sein, da es unter uns keinen Menschen gibt, der auch nur zum Teil der Größe des Marshalls gewachsen wäre.

Es wäre ein Unglück, das wir sicher vermeiden können, wenn die regierenden Männer sich Gehör verschaffen müssten, indem sie sich ausschließlich auf eine physische in dieser oder jener Form auftretende Kraft stützen. Dies wäre eine Periode des Terrors, eine Periode des allgemeinen Zerfalls, der den Staat zweifellos einer Katastrophe entgegenführen würde.

Die einzige Autorität, auf die sich in der nun beginnenden Periode unserer Geschichte die Staatsgewalt stützen müsste, ist daher die Autorität des Rechts.

Sofort der Zustand, bei dem sich die Macht in erster Linie auf die Autorität der Persönlichkeit stützt, ein vorübergehender Ausnahmezustand ist, müsste der Zustand, da sich die Autorität der Macht aus der Autorität des Rechts ergibt, ein normaler dauernder Zustand sein. Ein solcher Zustand charakterisiert die Kultur des betreffenden Volkes, seine Bildungsgrad, seine Fähigkeit zum Regieren. Bei solcher Lage herrscht im Staat Ruhe und Ordnung sogar dann, wenn nach der Fügung des Schicksals die Macht in Händen von mittelmäßigen Männern ruht. Denn der Mangel ihrer persönlichen Autorität wird ersetzt durch die Autorität des Rechts, das hinter ihnen steht.

Die Autorität des Rechts ist in unserem wiedergeborenen Staat nicht genügend verankert.

Man braucht sich nicht allzu sehr anstrengen, um Beweise dafür zu finden, die diese Meinung bestätigen würden. Von der Verfassung angefangen bis zu den Ausführungsverordnungen von untergeordneter Bedeutung wurde bei uns das Recht bis jetzt sowohl von den Regierenden als auch von den Regierten nur ziemlich weise beobachtet, ohne das innere Gefühl der Notwendigkeit, sich seinen Normen anzupassen. Das schlechte Beispiel kam von oben. Dieselben Leute, die die März-Verfassung beschlossen haben, gaben später eine Reihe von Gesetzen heraus, die mit ihr vollkommen im Widerspruch standen.

Diesen höchst schädlichen Zustand kann man, wenn auch nicht recht fertigen, so doch in jedem Falle erklären. Vor den Teilungen herrschte in Polen ein politisches System, das zwar einen Einfluß auf die Entwicklung mancher positiver Merkmale unseres nationalen Charakters ausüben konnte, das aber uns die Achtung vor dem verpflichtenden Recht nicht gelehrt hat. Es kam die Zeit der Teilungen, eine Zeit, in der wir im Kampfe um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit mit dem Recht kämpfen mussten. Dieser Kampf war unsere heilige Pflicht, bedeckte unser Volk mit dem Glorienschein des Heldentums, bildete in ihm den Geist der Selbstverleugnung, den Geist der Aufopferung, konnte aber das ohnehin verschwundene Rechtsgefühl nicht schwächen. Es kam schließlich der Augenblick, da der polnische Staat die unabhängige Existenz wiedererlangte. Wir mussten dann eigene Gesetze machen, und zwar in einem ungeheuer schwierigen Augenblick. Einerseits war die Meinung fast aller Volkgemeinschaften, u. a. auch der unserigen durch gewisse radikale Doktrinen hypnotisiert, andererseits begann die Welt, die der westeuropäischen Zivilisation angehört, in eine Periode einer wahnsinnigen ideellen politischen und wirtschaftlich sozialen Krise einzutreten. Man darf sich nicht wundern, daß unter diesen Bedingungen die Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, auf der einen Seite von einer lebensfremden Doktrin durchtränkt, auf der anderen aber nicht für diese wahnsinnige Änderung berechnet waren, die im Leben fast aller Völker der Krieg hervorgerufen hat.

Das Gesetz wurde erlassen, es wurde verpflichtend. Der Grundsatz der Rechtsordnung erforderte es, daß es in vollem Umfang beobachtet wird. Indessen zeigte das Leben, daß dies in vielen Fällen unmöglich war. Das Leben

„Es darf im Staate nicht zuviel Ungerechtigkeit denen gegenüber herrschen, die ihre Arbeit für andere leisten, es darf im Staate nicht zuviel Gesetzwidrigkeit geben, wenn er nicht dem Untergang entgegengehen will.“

Józef Piłsudski.

stellte sich gegen das Recht und siegte. Dies war unvermeidlich, aber die Autorität des Rechts wurde noch einmal in der polnischen Psyche untergraben. Alles dies schafft für uns im gegenwärtigen Augenblick eine ungeheure schwierige Lage.

Leiderlich die Autorität des Rechts kann uns den normalen Gang und die Entwicklung unseres staatlichen Lebens garantieren, gleichzeitig aber erkennst unsere Psyche diese Autorität nicht in genügendem Maße an.

Unter diesen Bedingungen bleibt lediglich die Arbeit an uns selbst übrig, die Arbeit an der Änderung unseres Charakters, an der Einsangung des Grundgesetzes durch unsere Psyche, daß das Recht verpflichten muß. Diese Arbeit werden Regierende und Regierte leisten müssen. Die Regierenden werden sich sagen müssen, daß sie sich dem Buchstaben des verpflichtenden Gesetzes stets anpassen werden, sogar dann, wenn dies ihnen augenblicklich Schwierigkeiten bereiten sollte, sogar dann, wenn das verpflichtende Gesetz ihnen in einer Weise zu verfahren gebietet, die nach ihrer Ansicht für den Staat ungünstig ist.“

Denn das Unrecht, das dem Staat geschieht, wenn das Recht gebrochen wird, ist hundertfach größer, als der eventuelle Verlust der sich aus der Anwendung des im gegebenen Falle unbekannten Gebotes des Rechts ergeben kann.

Die Regierten aber müssen zu der Überzeugung kommen, daß, wenn sie sich zu einer genügenden Achtung vor dem Recht nicht werden aufrufen können, wenn sie Einflüsterungen Gehör schenken werden, die auf die Verleugnung der Rechtsordnung abzielen, wenn sie durch ihr Verhalten die bestehende Rechtsordnung untergraben, die Regierungen des Rechts dann den Regierungen werden weichen müssen, die sich auf die physische Kraft stützen. Die durch die Beobachtung des Rechts bedingte Freiheit aber wird sich dann in eine Unfreiheit verwandeln, die durch den Terror regiert wird.

Deutschlands Bekenntnis zum Frieden.

Das große außenpolitische Ereignis im Reichstag.

Berlin, 21. Mai (Eigene Meldung). Die 8. Sitzung des nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler zweiten deutschen Reichstages war als ein besonders großes politisches Ereignis schon seit Bekanntgabe der Reichstagsverbrennung gewertet und erwartet worden und zwar nicht nur von den Staatsmännern in den Hauptstädten der Welt, sondern auch von den Völkern selbst, insbesondere vom deutschen Volk.

In der Reichshauptstadt machte sich die gespannte Erwartung bereits seit den Mittagstunden deutlich bemerkbar, obwohl die Sitzung erst für 20 Uhr angesetzt war. In der Wilhelmstraße, um die Reichskanzlei herum, hatten sich die ganz Vorsichtigen schon gleich nach 18 Uhr eingefunden. Bald begann eine wahre Völkerwanderung zur Reichsstraße und zu den Linden, sowie den übrigen Einfahrtstraßen zum Kroll-Reichstag. Im Laufe des frühen Nachmittags war infolge des starken Ansturmes der Volksgenossen die Polizei genötigt, die ersten Absperrungen vorzunehmen. Mit der Polizei und SS fanden sich dann auch bald die übrigen für den ärgerlichen Rahmen und die Durchführung der Reichstagsitzung benötigten Formationen, vor allem die SA, das zur Schutzpolizei gehörige Feldjägerkorps und die Otschusformationen ein. In der Nähe des Krollhauses und in ihm war die Leibstandarte Adolf Hitlers postiert.

Die an einigen wichtigen Punkten der Reichshauptstadt aufgestellten Großaufsprecher waren umlagert; aus ihnen erlangt bald Mut.

Mit welch gewaltiger Teilnahme des In- und Auslandes diese Reichstagsöffnung erwartet wird, davon konnte in den vergangenen Tagen insbesondere auch das Bureau des Reichstages ein beredtes Beispiel erleben. Und zwar nach Bekanntgabe des Sitzungstermins sah ein Sturm aus allen Schichten der Bevölkerung und aus dem Auslande nach Zuhörerkarten ein. Die wenigen Hundert Karten, deren Vergabe der Raum im Kroll-Reichstag erlaubt, waren sofort vergriffen. Durchschnittlich fragten täglich allein fast hundert Ausländer nach Karten an, aber es war unmöglich, jede Nachfrage zu erfüllen.

Im Sitzungssaal.

Mehrere Stunden vor Sitzungsbeginn wurden im Verhandlungssaal des Reichstages die letzten Vorbereitungen getroffen, wobei es hauptsächlich auf die nochmalige Überprüfung der Funkanlagen, Lautsprecher usw. ankam. Von jedem besonderen äußeren Schmuck des Sitzungssaals hatte man abgesehen. Es war nur — wie üblich — das große Hakenkreuzbanner über dem Präsidentengestühl, flankiert von der schwarz-weiß-roten Fahne, angebracht. Die 669 Sitze, die der heilige Reichstag umfaßt, füllten den weiten Raum des Parkets bis in den letzten Winkel aus.

Die acht Abgeordneten von der Saar.

Die acht Volksgenossen, die als Vertreter des breiten Saarvolkes zum ersten Male nach dem Weltkrieg in dieser Sitzung an einer deutschen Reichstags-Verhandlung teilnehmen, waren Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Abgeordneten und sonstigen Teilnehmer. Ihre Anwesenheit wurde als ein besonderes historisches Ereignis in der Geschichte des deutschen Volkes gewertet.

Die Saar-Abgeordneten haben bevorzugte Plätze und zwar je vier auf der linken und rechten Seite des Hauses.

Piłsudski-Ehrung im Reichstag.

Reichstagspräsident Göring eröffnete die Sitzung mit einer Ehrung für den verstorbenen bayrischen Kultusminister Schlemm, dessen Gedanken das Haus stehend erührte und gedachte dann des verstorbenen Marshalls Piłsudski.

„Das deutsche Volk“, so sagte Reichstagspräsident Göring, „und mit ihm vor allem auch der Deutsche Reichstag als bernische Vertretung des deutschen Volkes steht in tieferer Achtung am Grabe des Großen Marshalls der uns bestreuten polnischen Nation. Ich habe in Ihrem Namen auch das Mitgefühl des Deutschen Reichstages den Polen aussprechen können. Wir Deutsche, erzogen und groß geworden in der nationalsozialistischen Weltanschauung, haben ein besonderes Verständnis für die Größe dieser Persönlichkeit. Ich glaube daher auch sagen zu können, daß wir ganz besonders verstehen, Welch ein schwerer Verlust das polnische Volk betroffen hat. Indem wir die Größe des Marshalls würdigen, erkennen wir aber auch an, daß er einer jener Männer war, die tapferig überall für den Frieden eintraten und als sichtbare Tat eines solchen Friedens die deutsch-polnische Freundschaft herbeiführen hoffen.“

Die Rede des Führers.

In seiner Rede vor dem Reichstag schilderte der Führer und Reichskanzler zunächst die außerordentlich schwere Aufgabe im Innern, vor deren Lösung der Nationalsozialistische Staat in Deutschland gestellt worden ist. Aufgaben, vor denen jede für sich ein Jahrhundert zu erfüllen vermögen. Von zwei Voraussetzungen, von dem Ausmaß der vorhandenen Ruhe und von der Dauer der zur Verfügung stehenden Zeit hängt es ab, ob man alle diese Aufgaben des staatlichen und wirtschaftlichen Neuaufbaues zur Verwirklichung bringen kann. Aus der ausschließlich nationalsozialistischen Gedankengut kommen Zielsetzung entwickelte der Führer dann die Gründe, aus denen das neue Deutschland, aus denen der Nationalsozialismus den Frieden wünscht.

„Denn dieser liegt nicht — so fuhr der Führer sachlich fort — in mächtig erzwungener Einschmelzung eines Volkes in ein anderes, wesensfremdes, nicht nur kein erreichbares politisches Ziel, sondern als Ergebnis einer Gefährdung der inneren Einheit und damit der Stärke eines Volkes auf lange Zeit gerechnet. Seine Lehre lehrt daher eine nationale Assimilation dogmatisch ab. Damit ist auch der bürgerliche Glaube einer möglichen „Germanisierung“ widerlegt. Es ist daher weder unser Wunsch noch unsere Absicht, fremden Volksteilen des Weltstaates die Sprache oder die Kultur megazunehmen, um ihnen dafür eine fremde deutsche anzuzwingen. Wir geben keine Anweisung für die Verdeutschung nichtdeutscher Namen aus, im Gegenteil: wir müssen dies nicht. Unsere völkische Lehre sieht daher in jedem Kriege nur Unterwerbung und Beherrschung eines fremden Volkes einen Vorgang, der früher oder später den Sieger innerlich verändert und schwächt und damit in der Folge zum Besiegten macht.“

„Wir glauben aber auch gar nicht daran, daß in Europa die durch und durch national erhärteten Völker im Zeitalter des Nationalitätenprinzips überhaupt noch national enteignet werden könnten!“

"Zudem", so führte der Führer weiter aus, "steht das Blut, das auf dem europäischen Kontinent seit 300 Jahren vergossen wurde, außer jedem Verhältnis zu dem völkischen Resultat der Ereignisse; jeder Krieg verzehrt auch zunächst die Aussicht der Besten." Da es in Europa aber einen leeren Raum nicht mehr gebe, werde jeder Sieg — ohne an den grundlegenden europäischen Not etwas zu ändern — höchstens eine ziffernmäßige Vermehrung der Einwohner eines Staates mit sich bringen können.

Deutschland braucht den Frieden.

"Wenn ich nun aus dem Munde eines englischen Staatsmannes höre, daß solche Versicherungen nichts sind und nur in der Unterschrift unter kollektive Verträge die Gewähr der Aufrichtigkeit liegt, so bitte ich Minister Eden dabei bedenken zu wollen, daß es sich in jedem Fall um eine 'Versicherung' handelt."

Es ist manches Mal viel leichter einen Namen unter Verträge zu legen, mit dem inneren Vorbehalt einer leichten Nachprüfung seiner Haltung in der entscheidenden Stunde, als angesichts einer ganzen Nation in voller Öffentlichkeit sich zu einer Politik zu bekennen, die dem Frieden dient, weil sie die Voraussetzungen für den Krieg ablehnt.

"Ich hätte die Unterschrift unter zehn Verträgen sehn können mit der Erklärung, die ich anlässlich der Saarabstimmung Frankreich gegeben habe. Wenn ich als Führer und Beauftragter der Deutschen Nation vor der Welt und meinem Volk die Versicherung abgebe, daß es mit der Lösung der Saarfrage an Frankreich keine territorialen Forderungen mehr stellen wird, so ist dies ein Beitrag zum Frieden, der größer ist als manche Unterschrift unter manchem Pakt. Ich glaube, daß mit dieser feierlichen Erklärung eigentlich ein lang dauernder Streit zwischen beiden Nationen abgeschlossen sein müßte. Wenn aber eine solche Erklärung nur die Würdigung findet, zur 'Kenntnis' genommen zu werden, dann bleibt natürlich auch uns nichts anderes übrig, als diese Antwort ebenfalls zur 'Kenntnis' zu nehmen. Ich muß aber an dieser Stelle Protest einlegen gegen jeden Versuch, den Wert von Erklärungen je nach Bedarf verschieden zu taxieren. Wenn die Deutsche Reichsregierung versichert, namens des deutschen Volkes, nichts anderes als den Frieden zu wünschen, dann ist diese Erklärung entweder genau so viel wert, wie ihre Unterschrift unter irgendeine besondere Paktformulierung oder diese könnte sonst nicht mehr wert sein, als die erste feierliche Erklärung!"

"Seit einiger Zeit lebt die Welt in einer förmlichen Manie von kollektiver Zusammenarbeit, kollektiver Sicherheit, kollektiven Verpflichtungen usw., die alle auf den ersten Augenblick konkreten Inhalts zu sein scheinen, bei näherem Hinsehen aber zumindest vielsachen Deutungen Spielraum geben.

Einfürige Dienstpflicht im Reich!

Berlin, 21. Mai (Eigene Drahtmeldung). Zu § 8 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 hat der Führer und Reichskanzler folgende Verordnung erlassen:

Die Dauer der aktiven Dienstzeit bei den drei Wehrmachtsstellen wird einheitlich auf ein Jahr festgesetzt.

Das Gesetz ist in 88 Paragraphen und 5 Abschüttungen aufgeteilt und geht von der Voraussetzung aus, daß Wehrdienst Ehrendienst am deutschen Volke ist.

Die wichtigsten Punkte des Wehrgesetzes werden wir noch besonders behandeln.

Ist nicht der Begriff "kollektive Zusammenarbeit" seit 17 Jahren in der verschiedensten Weise interpretiert worden?

Ich glaube, ich spreche es richtig aus, wenn ich sage, daß neben vielen anderen Rechten sich die Siegerstaaten des Versailler Vertrages auch das Recht vorweggenommen haben, nun wieder sprachen zu definieren, was "kollektive Zusammenarbeit" ist und was "kollektive Zusammenarbeit" nicht ist.

Wenn ich mir an dieser Stelle erlaube, eine Kritik an diesem Verfahren zu üben, dann geschieht es, weil dadurch am ehesten die innere Notwendigkeit der letzten Entschlüsse der Reichsregierung klargestellt und das Verständnis für unsere wirklichen Absichten geweckt werden kann."

Der Führer wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Gedanke kollektiver Zusammenarbeit der Nationen ursprünglich von dem amerikanischen Präsidenten Wilson stamme, daß aber schon im Jahre 1919, als der Friede von Versailles dem deutschen Volke diktiert wurde, der kollektiven Zusammenarbeit aller Völker damit zunächst das Todesurteil gesprochen worden war, indem nur an Stelle der Gleichheit aller die Klassifikation in Sieger und Besiegte trat. Im Friedensdiktat von Versailles sei jedoch ausdrücklich festgestellt worden, daß die Abrüstung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte, zur Ermöglichung der Abrüstung der anderen. An diesem einen Beispiel sei festzustellen, wie sehr die Idee der kollektiven Zusammenarbeit gerade von denen verletzt wurde, die heute ihre lautesten Fürsprecher seien.

Deutschland hatte die ihm im Friedensvertrag auferlegten Bedingungen mit einem förmlichen Fanatismus erfüllt — so erklärte der Führer, um nun an Hand genauer bis ins einzelne gehender Angaben zu zeigen, wie Deutschland damit seinerseits alle Voraussetzungen geschaffen hatte, für eine Zusammenarbeit kollektiver Art im Sinne der Gedanken des amerikanischen Präsidenten. Er wies in zahlreichen Beispielen darauf hin, wie es auch in den anderen Staaten nicht an mahnenden Stimmen gefehlt habe, die für Erfüllung der Versailler Abrüstungs-Verpflichtungen in den Siegerstaaten eintraten. Ausreden zur Entschuldigung dieses Verkennisses seien nicht schwer zu widerlegen. Militärisch hatte Deutschland vollständig abgerüstet und auch politisch waren, was Deutschland anbetrifft, alle Voraussetzungen zur Aufrichtung einer kollektiven Zusammenarbeit gegeben. Selbst wenn man schon glaube, so erklärte der Führer weiter, der damaligen Zeit Bedenken zugute halten zu können wegen der vertraglich verletzten Nichtabrustung, so werde es wohl schwer sein, die Gründe anzuführen, die zu einer immer größeren Aufrüstung Anlaß geben könnten. Das sei entscheidend. Dabei könne der Einwand keine Rolle spielen, daß man ja nur eine personelle Beschränkung vorgenommen habe. Diese sei reichlich weitgemacht worden durch die technisch-planmäßige Vervollkommenung der modernen Kriegswaffen in den Siegerstaaten. Mit eindrucksvollen Beispielen zeigte der Führer nun, wie gerade von den Siegerstaaten die für den Angriff geeigneten Waffen wie Flugzeuge, Tanks, schwere Artillerie, U-Boote usw. weiter entwickelt, verbessert und vermehrt wurden, während Deutschland alle diese Waffen vernichten mußte und dies auch tat.

Keine Aenderung der polnischen Politik.

Die halbamtliche "Gazeta Polska" veröffentlicht auf der ersten Seite neben den Bildnissen des Staatspräsidenten Professor Mościcki und dem Ministerpräsidenten Śląwiński in großer Aufmachung eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Alle diejenigen, die mit Aufmerksamkeit die Ereignisse in Polen während der harten Zeit der letzten zehn Tage beobachtet haben, und dies war die ganze Welt, müßten die unbefriedbare Tatsache feststellen, daß sich das ganze Volk trotz der tiefen Trauer über den unerheblichen Verlust vollkommen ruhig verhielt. Diese Tatsache beweist außerordentlich überzeugend den Wert der großen Erziehungsarbeit des Marschalls, der im polnischen Volkscharakter alle Zeichen der Schwäche und Kerlässigkeit verschwinden ließ.

Wenn man in den letzten Tagen neben dem Ausbruch eines aufrichtigen Gefühlss in der Weltmeinung Stim-

men hörte, die fragen, was für eine Politik Polen ohne Piasten treiben werde, so wurde die Antwort hierauf in weitgehendem Maße durch die Haltung des Volkes in den Augenblicken der Trauer gegeben. Aber es sei uns erlaubt, diese Antwort durch folgende einfachen Feststellungen zu ergänzen:

Die Politik Polens wird nicht die geringste Aenderung erfahren. Polen wird wie bisher für einen dauerhaften Frieden arbeiten, entsprechend den Richtlinien, die ihm seine eigene Staatsnotwendigkeit eingeben und die sich vor allem auf seine eigenen Kräfte stützen. Wie bisher bietet Polen allen Staaten und in erster Linie seinen Nachbarn Frieden gegen Sicherheit und Freundschaft gegen Freundschaft an. Das haben wir der Welt zu sagen. Wer sich daran verläßt, wird keine Enttäuschung erleben.

Der Vertragsbruch der Siegerstaaten.

"Wenn dies nicht ein eklatanter Vertragsbruch und zwar einseitiger Vertragsbruch ist, nachdem der andere Partner seine Verpflichtungen rechtlich erfüllt hatte, wird es schwer einzusehen sein, was in Zukunft die Unterzeichnung von Verträgen überhaupt für einen Sinn haben kann."

"Nein! Es gibt dafür keine Begründung und keine Ausrede! Deutschland war wirklich alles andere, eher als in seiner vollständigen Wehr- und Waffenlosigkeit eine Gefahr für die anderen Staaten."

Trotz jahrelangen vergeblichen Wartens auf die Vertragseinlösung der anderen Seite war Deutschland aber auch weiterhin bereit, seine Hand zu einem wirklichen kollektiven Zusammensetzen nicht zu verweigern. Der englische Lordstabschef der Armee General Edmonds meint, daß die Bereitschaft zur Herstellung einer Parität in der ziffernmäßigen Feststellung der Wehrstärken überall anzutreffen gewesen sei. Dann ist es aber um so bedauerlicher, daß man daraus keine praktischen Konsequenzen ziegt.

Es war nicht Deutschland, das den Plan einer 200 000-Mann-Armee für alle europäischen Staaten zum Fall brachte, sondern es waren die nichtabrüstenden anderen Staaten. Und es war wirklich auch nicht Deutschland, das den englischen Vertragsvorwurf im Frühjahr 1934 verwarf, sondern es war dies die französische Regierung, die am 17. März 1934 die Verhandlungen darüber abbrach."

Es wird heute manchesmal die Hoffnung ausgesprochen, Deutschland möge doch selbst mit einem konstruktiven Plan kommen. Nun, ich habe nicht einmal, sondern schon öfters solche Vorschläge unterbreitet. Sätze man

meinen konstruktiven Plan einer 300 000-Mann-Armee

angenommen, dann würde vielleicht heute manche Sorge geringer und manche Last leichter sein. Es ist aber fast zwecklos, konstruktive Pläne vorzulegen, wenn ihre Ablehnung von vornherein als sicher angesehen werden kann. Wenn ich mich trotzdem entschließe, noch einmal einen Aufriß unserer Gedanken zu geben, dann geschieht es nur aus dem Gefühl der Pflicht heraus, nichts unversucht zu lassen, um Europa die notwendige innere Sicherheit und den europäischen Völkern das Gefühl der Solidarität zurückzugeben. Nachdem aber nur bisher nicht nur die Erfüllung der Abüstungsverpflichtung der anderen Staaten unterblieben war, sondern auch alle Vorschläge einer Rüstungs-Begrenzung eine Ablehnung erfuhr, sah ich mich als vor Gott und meinem Gewissen verantwortlicher Führer der Deutschen Nation verpflichtet, angesichts des Entstehens neuer Militärallianzen neben der Feststellung der Friedensstärke des russischen Heeres auf 980 000 Mann und nach Erhalt der Mitteilung, daß Frankreich zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit schreite, nunmehr die Rechtsgleichheit Deutschlands, die man ihm international verweigert hat, kraft des Lebensrechtes des Nation selbst wieder herzustellen. Nicht Deutschland hat damit eine ihm auferlegte Vertragsverpflichtung gebrochen, sondern jene Staaten, die uns zu dieser selbständigen Handlung gezwungen haben.

Denn die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Bekündigung des Gesetzes über die Aufstellung der neuen deutschen Wehrmacht war nichts anderes, als die Zurückführung Deutschlands auf einen niemand bedrohenden, aber Deutschlands Sicherheit garantierenden Stand gleichen Rechtes!"

Im weiteren Verlauf seiner Rede übte der Führer Kritik an gewissen internationalen Verhandlungsmethoden, um dann, soweit Deutschland in Frage kommt, dazu folgendes zu sagen:

"Wir werden an keiner Konferenz mehr teilnehmen, an deren Programm-Aufstellung wir nicht von vornherein mit beteiligt gewesen sind. (Stürmisches Beifall.) Wir denken nicht daran, wenn zwei oder drei Staaten ein Vertragsgericht entwerfen, als dritter dann die erste Kostprobe vorzunehmen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns nicht die Freiheit vorbehalten, Verträgen unsere Zustimmung und unsere Unterschrift nicht noch nachträglich zu geben, weil wir bei ihrer Abschaffung bzw. an den Konferenzen unbeteiligt waren. Durchaus nicht. Es kann möglich sein, daß uns ein Vertrag, trotzdem wir an seiner Abschaffung oder an der Konferenz, die ihn für eine Reihe von Staaten zum Beschuß erhob, dennoch ihre Zustande gekommene Fixierung zusagt, und als nützlich erscheint. Allein diesen Fall zu bestimmen, muß sich die Deutsche Reichsregierung selbst vorbehalten.

Ich muß aber noch einmal betonen, daß mir die Methode falsch zu sein scheint, für Konferenzen Programmwürfe aufzustellen, mit der Überschrift „Alles oder nichts“.

Gewöhnlich scheint es mir bedenklich, die These der Unteilbarkeit des Friedens als Vorwand für Konstruktionen zu missbrauchen, die weniger der kollektiven Sicherheit, als vielmehr gewollt oder ungewollt der kollektiven Kriegsvorbereitung dienen. Der Weltkrieg sollte hier eine schreiende Warnung sein.

Ich glaube nicht, daß Europa zum zweiten Male ohne die furchtbare Erschütterung eine ähnliche Katastrophe überdauern wird.

Sie kann aber um so leichter eintreten, je mehr durch ein Netz internationaler Kreuz- und Querverpflichtungen die Möglichkeit einer Lokalisierung kleiner

Konflikte immer schwächer und die Gefahr eines Mitgressenwerdens zahlreicher Staaten und Staatsgruppen größer wird. Was Deutschland betrifft, möchte ich hier keine Zweifel über folgendes offen lassen:

Deutschland hat Frankreich gegenüber feierlich die nach der Saarabstimmung sich ergebende Grenze angenommen und garantiert. Deutschland hat mit

Polen

ohne Rücksicht auf das Vergangene einen Gewaltaus-schließungs-Vertrag angenommen, als einen weiteren mehr als wertvollen Beitrag zum europäischen Frieden, den es nicht nur blind halten wird, sondern von dem wir nur den einen Wunsch haben, einer stets aufs neue zu erfolgenden Verlängerung und einer sich daraus immer mehr ergebenden freundlichen Vertiefung unserer Beziehungen. Wir taten dies alles, trotzdem wir damit endgültig auf Elsass-Lothringen verzichteten, einem Land, um das auch wir zwei große Kriege führten. Wir taten es aber, um besonders dem eigenen deutschen Volk für die Zukunft neue blutige Opfer zu ersparen. Wir sind der Überzeugung, daß wir damit nicht nur unserem Volk, sondern auch diesem Grenzgebiet am meisten nützen. Wir wollen von unserer Seite aus alles tun, um mit dem französischen Volk zu einem wahren Frieden und zu einer wirklichen Freundschaft zu kommen.

Wir anerkennen den Polnischen Staat als die Heimstätte eines großen national führenden Volkes mit dem Verständnis und der herzlichen Freundschaft aufrichtiger Nationalisten.

Wenn wir aber dem deutschen Volk ein weiteres Blutvergießen ersparen wollen, selbst dort, wo dies mit einem Opfer für uns verbunden ist, dann denken wir nicht daran, unser Blut wahllos für fremde Interessen zu verpfänden. Wir denken nicht daran, für jeden irgendwie möglichen, von uns weder bedingten noch zu beeinflussenden Konflikt unser deutsches Volk, seine Männer und Söhne vertraglich zu verkaufen!"

Der deutsche Soldat ist zu gut, und wir haben unser Volk zu lieb, als daß wir es mit unserem Gefühl von Verantwortung vereinbaren könnten, uns in nicht absehbaren Beistands-Verpflichtungen festzulegen."

Als Beispiel erwähnt der Führer den

vorgeschlagenen Ostpakt.

Deutschland wolle mit allen Nachbarstaaten, auch den kleinen Nationen friedlich und freundlich verkehren. Aber so sehr Deutschland den Frieden liebt, so wenig liegt es in seiner Hand, zu verhindern, daß nicht, und gerade im Osten, zwischen irgendwelchen Staaten Konflikte auszubrechen vermögen. Bei Beginn eines solchen Konflikts sei zu fürchten, daß durch die Beistandsverpflichtungen weniger der Weg zur Erkenntnis des Angreifers als vielmehr zur Unterstützung des den eigenen Interessen nützlichen Staates führen werden. Der Sache des Friedens sei es wahrscheinlich dienlicher, wenn bei Ausbruch eines Konflikts sich sofort die Welt von beiden Teilen zurückzögere, als ihre Waffen von vornherein vertraglich in den Streit hineintragen zu lassen. In diesem Zusammenhang betonte der Führer, liege noch ein besonderer Fall vor, und zwar

der diametrale Gegensatz zwischen dem Nationalsozialismus des deutschen Staates und dem Kommunismus Sowjetrusslands,

den er in eingehender Gegenüberstellung in allen Einzelheiten schilderte. Darüber hinaus standen zwischen dem Nationalsozialismus und Bolschewismus mehr als 400 ermordete nationalsozialistische Parteigenossen, und allein über 43 000 Verlehrte der NSDAP. Soweit es sich beim Bolschewismus um eine russische Angelegenheit handelt, sind wir an ihm gänzlich uninteressiert, erklärte der Kanzler. „Jedes Volk soll nach seiner Fasson gefügt werden. Soweit dieser Bolschewismus aber auch Deutschland in seine Bahnen zieht, sind wir seine ingrimmigsten und seine fanatischsten Feinde. Tatsache ist, daß der Bolschewismus sich selbst als weltrevolutionäre Idee und Bewegung führt und auch ausgibt.“

Unumstößlich betonte der Führer, daß Deutschland bei keinem europäischen Krieg etwas zu gewinnen habe, daß es nur Freiheit und Unabhängigkeit wolle und aus diesen Absichten heraus bereit wäre, mit allen unseren Nachbarstaaten Nichtangriffspakte abzuschließen. „Wenn wir davon

Litauen

ausnehmen, so geschieht dies nicht deshalb, weil wir dort einen Krieg wünschen, sondern weil wir nicht mit einem Staat politische Verträge eingehen können, der die primitivsten Gesetze menschlichen Zusammenlebens mißachtet. Man habe durch einen nachträglich sanktionierten Überfall, der mitten im Frieden stattfand, die Deutschen im Memelland vom Reich weggerissen und zur Strafe dafür, daß sie nun doch am deutschen Volkstum hängen, werden sie verfolgt, gefoltert und auf das barbarischste mißhandelt.“

Schluss der Rede des Führers: 3. Seite der Beilage

Wasserstand der Weichsel vom 22. Mai 1935.

Kratau - 2,58 (- 2,64), Jawidost + 1,46 (+ 1,47) Warichau + 1,32 (+ 1,25), Bloct + 1,13 (+ 1,13) Thorn 1,20 (+ 1,18), Jordan + 1,27 (+ 1,28), Culm + 1,00 (+ 1,00), Graudenz + 1,32 (+ 1,32), Kurenbrak + 1,45 (+ 1,46), Biebel + 0,64 (+ 0,64) Diricau + 0,68 (+ 0,70), Einlage + 2,14 (+ 2,18), Schiewenhorst + 2,32 (+ 2,36). (In Klammern die Meldung des Beitrages)

Warschauer Pressestimmen

zur Rede des Führers.

Warschan, 22. Mai. (Eigene Meldung.) Die Rede des Führers und Reichskanzlers wird von der polnischen Presse in sehr langen Auszügen und stellenweise wörtlich wiedergegeben. Der Berliner Berichterstatter der „Gazeta Polska“, des führenden Regierungsorgans, fasst den Gesamteindruck dahin zusammen, daß die Rede des Kanzlers ein wichtiges und inhaltsvolles Dokument sei, mit dem deutlichen Ziel, die Welt von der Friedfertigkeit der Politik des Dritten Reiches zu überzeugen. Der Kanzler habe öffentlich die Stellungnahme des Reiches zur Frage der Sicherheit und der Rüstungen formuliert. Indem er Litauen vorläufig aus zweiteiligen oder vielseitigen Nichtangriffspakten ausschloß, zu deren Unterzeichnung das Reich bereit ist, verurteilte der Kanzler in stärksten Worten den Kampf der sowjetischen Regierung gegen die deutsche Bevölkerung im Memelgebiet. Vom polnischen Gesichtspunkt aus müsse man hervorheben, daß das Dritte Reich den gegenwärtigen territorialen Zustand Europas ächten werde, und daß das Ziel der deutschen Politik gegenüber Polen die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen sei.

Der „Kurier Warszawski“, gleichfalls ein Blatt des Regierungsbuchs, hebt besonders die Erwähnung Pilsudskis durch den Reichstagspräsidenten hervor. Eine mittelbare Form der Erwähnung für Pilsudski seien auch die Absätze der Kanzler-Rede gewesen, die sich auf Polen bezogen. Den polnischen Hörern habe besonders die Argumentation des Kanzlers bezüglich des Wesens der Kollektivpakte und der praktischen Durchführung der Abrüstung interessiert, die sich voll auf mit den seit langem festgelegten polnischen Theorien deckten. Die Rede des Kanzlers sei nicht nur oratorisch, sondern auch politisch ein großer Erfolg. Indem der Kanzler nämlich alle bisher errungenen Positionen der deutschen Außenpolitik aufrecht erhalten habe, habe er gleichzeitig eine konstruktive Grundlage des praktischen Handelns zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens durch seine 18 Punkte gegeben.

Von den polnischen Blättern der nationalistischen Opposition bringt das Warschauer „AWG“ bereits eine kurze Stellungnahme zur Kanzlerrede. Darin heißt es, in der Rüstungsfrage habe der Kanzler noch einmal die bekannten deutschen Beweisgründe wiederholt. Danach verdienten die starken freundlichen Wendungen in seiner Rede besonders an die Adresse Frankreichs Beachtung, sowie das Offenlassen einer Tür zu weiteren Abrüstungs-Verhandlungen. Bezüglich des Ostpaktos habe die Rede die Möglichkeit eines Kollektiv-Paktes ohne gegenseitige Hilfeleistung sehr kurz berührt, dagegen die Frage der gegenseitigen Hilfeleistung, die Deutschland schon seit Langem als unannehmbar bezeichnet habe, sehr breit behandelt. Der Leitgedanke der Rede sei die Kritik des französisch-sowjetrussischen Paktes als eines gegen Deutschland gerichteten Abkommen gewesen.

Der Klerikale „Kurier Warszawski“ sagt, die Kanzler-Rede sei ein mächtvolles und anscheinend offenes Bekennen Deutschlands gewesen. Der Hauptteil der Rede habe der Begründung der deutschen Wehrmacht gegolten. Der Kern dieser Ausführungen sei gewesen, daß nicht Deutschland den Versailler Vertrag gebrochen habe, sondern daß dies die anderen Mächte getan hätten, die ihre Abrüstungs-Verspflichtungen nicht erfüllten. Gewaltigen Eindruck hätten dabei die Sätze der Erklärungen europäischer Staatsmänner wie Paul Boncours, Henderson und Briand gemacht. Der Grundton der ganzen Rede sei ein gewaltiges Streben nach friedlicher Verständigung gewesen, und durch die ganze Rede ziehe sich die Zusicherung, daß Deutschland zu ehrlicher und friedlicher Zusammenarbeit bereit sei, wenn Europa die deutschen Rüstungen anerkenne.

Das Echo in London und Paris.

Die Führerrede im Reichstag nimmt in der gesamten ausländischen Presse einen beherrschenden Platz ein. Die Londoner „Times“ kennzeichnet die Rede in ihrem Leitartikel als vernünftig, offenherzig und großzügig. Niemand, der den unparteiischen Geist lese, könne daran zweifeln, daß die Punkte der Politik, die Hitler bezeichnet habe, sehr wohl die Grundlage einer vollkommenen Regelung mit Deutschland darstellen könnte.

„Daily Herald“ sagt, Hitlers Beitrag zum Sicherheitsproblem sei fraglos eine gute Grundlage, auf der die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten.

Auch die Pariser Morgenpresse gibt die Reichstagsrede des Führers in grösster Aufmachung wieder. Die Blätter halten jedoch im allgemeinen mit eigenen Stellungnahmen vorläufig noch zurück. Die Abwesenheit des französischen Außenministers scheint hierzu noch ganz besonders beigetragen zu haben. Wie man dies von der französischen Presse kaum anders erwarten dürfte, machen eine Reihe von Blättern dem Kanzler auch heute wieder den Vorwurf, nur wenig Neues gesagt zu haben, obgleich sie angeben müssen, daß seine Ausführungen über den Kommunismus, seine Kritik an der Haltung Litauens und schließlich seine aufklärenden Angaben über die Flottenpolitik nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen. Man unterstreicht ferner die Versicherung, daß Deutschland nichts sehnlicher wünsche, als mit Frankreich einen dauerhaften Frieden herzustellen.

Die Mutter und das Herz des Sohnes.

In der nächsten Zeit wird, wie die polnische Presse meldet, das Herz des Marshalls Pilsudski bestattungsgemäß nach Wilna übergeführt und in der Ostra Brama beigesetzt werden. Die Feier wird einen stillen Charakter haben, wahrscheinlich wird an ihr nur die Familie des Marshalls teilnehmen. Die Erde aus dem Grabe der Mutter des Marshalls zusammen mit seinem Herzen wird jetzt in der Ostra Brama nur provisorisch eingemauert werden. In der nächsten Zeit begibt sich Hauptmann Pepecki, der persönliche Adjutant des verstorbenen Marshalls, nach Litauen, um die Überführung der Leiche der Mutter nach Wilna zu leiten. Dem Sarg der Mutter des Marshalls werden an der Grenze militärische Ehren erwiesen werden, worauf er nach Wilna gebracht und im Mausoleum niedergelegt werden wird. Mit Rücksicht darauf, daß das Mausoleum in der Ostra Brama aus Granit gebaut werden soll, wird die Feier der endgültigen Beisetzung der Urne mit dem Herzen des Marshalls am Ende der sterblichen Überreste seiner Mutter erst im Herbst stattfinden. Diese Feier wird einen allgemein staatlichen Charakter haben.

Was den Verfall der Gesundheit

des Marshalls Pilsudski beschleunigte.

Wie aus den Kreisen der Ärzte, die den verstorbenen Marshall Pilsudski behandelten, mitgeteilt wird, hat auf die Entwicklung der Krankheit sein unregelmäßiges Leben einen großen Einfluß ausgeübt. Der Marshall hat niemals auf seine Gesundheit geachtet. Wenn er arbeitete, vergaß er beispielsweise ganz die Einhaltung einer regelmäßigen Ernährung.

Es hat sich oft ereignet, daß der Marshall den ganzen Tag im Generalinspektorat der Armee beschäftigt war und erst am späten Abend oder nachts etwas zu sich nahm. Ebenso hat er übermäßig geraucht, durchschnittlich mehr als 100 Zigaretten täglich. Auch trank er sehr viel starken Tee und schwärzen Kaffee. Er schloss sehr unregelmäßig und zu verschiedenen Zeiten des Tages. Auftretende Schmerzen und Anzeichen eines Unwohlseins überwand sein starker Wille, auch verschwieg er sie oft seinen Ärzten, so daß der stark gefährdete Gesundheitszustand erst in den letzten Wochen in seinem vollen Umfang erkannt werden konnte.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 22. Mai.

Fortschreitende Erwärmung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin fortschreitende Erwärmung bei teilweise noch aufrissenden Winden an.

Dramatische Verhaftung im Friseurgeschäft.

Einen besonders guten Fang machte in diesen Tagen ein Bromberger Kriminalbeamter. Als er ein Friseurgeschäft in der Nähe der Bahnhofstraße betrat, fiel ihm ein Mann auf, der sich gerade rasieren ließ. Der Kriminalbeamte entnahm sich dieses Gesicht im Verbrecheralbum gesehen zu haben. Es handelte sich um den aus dem Graudenzer Bezirksgerichts-Gefängnis entflohenen 24-jährigen Franciszek Skolazynski. Die Polizei war diesem entflohenen Verbrecher seit längerer Zeit auf der Spur, konnte seiner jedoch nicht habhaft werden, weil er stets sein Aussehen zu verändern pflegte. Er ließ sich beispielsweise die Haare färben, ondulieren usw., um je nach Lage der Dinge von der Polizei nicht erkannt zu werden. Der Kriminalbeamte, der diesen Verbrecher nun in Bromberg entdeckte, war sich seiner Sache zunächst nicht sicher. Um aber Gewissheit zu erlangen, redete er kurz entschlossen den im Mastertuhl sitzenden Kunden mit seinem Namen an. Er schreckte sprang Skolazynski auf, und in kurzer Zeit hatte der Kriminalbeamte den Verbrecher überwältigt und gefesselt.

Beim Kohlendiebstahl erschossen.

Beim Kohlendiebstahl ist vor einigen Tagen — wie wir bereits berichten konnten — der Arbeitslose Marjan Weigt aus Bromberg, Heidestraße (Stepowa), angegriffen worden. Nunmehr werden Einzelheiten über den tragischen Vorgang bekannt.

Die Kohlentüte, die auf der neuen Eisenbahnstrecke Oberschlesien—Gödingen verkehren, werden seit längerer Zeit in der Nähe von Bromberg systematisch bestohlen. Die Diebstähle nehmen zuweilen einen Umfang an, daß die Kohlenwagen bei ihrem Eintreffen in Gödingen oft um ein Drittel ihrer Ladung beraubt sind. Es ist nicht verwunderlich, wenn der Transport dann von dem Abnehmer in Gödingen beanstandet und nicht abgenommen wird. Die Bahnpolizei hat aus diesem Grunde einen verschärften Sicherheitsdienst an der Kohlenstrecke Oberschlesien—Gödingen eingerichtet. Wiederholt sind Diebe vom fahrenden Zug verschont, häufig sogar festgenommen worden. In vielen Fällen gelingt jedoch eine Verhaftung nicht, da die Kohlendiebe mit einer unglaublichen Geschicklichkeit vom fahrenden Zuge abzuspringen und in der Dunkelheit zu verschwinden wissen.

Am Donnerstag vergangener Woche beobachtete ein Polizist, der die Strecke bewachte, auf dem fahrenden Zuge einen Mann, der Kohlen abwarf. Der Polizist forderte den Dieb auf, sofort abzusteigen. Diese Aufforderung wurde mit Kohlenwürfen auf den Beamten beantwortet. Der Polizist lief eine Strecke mit. Als der Kohlenhagel gegen ihn nicht aufhörte, gab er einen Schreckschuß ab. Der Mann klemmte sich jedoch keineswegs darum, sondern bewarf den Polizisten weiter mit Kohlenstückchen. Der Polizist feuerte sodann einen scharfen Schuß ab, der den Dieb in den Kopf traf. Die Verleihung war so schwerer Natur, daß der Dieb — Marjan Weigt — kurze Zeit darauf im Krankenhaus verstarb. Der Tote war bereits wegen Diebstahls schamal vorbestraft. Er hinterließ eine Frau mit zwei minderjährigen Kindern. Die Leiche wurde nach der Halle an der Schubiner Chaussee gebracht.

§ 562 landwirtschaftliche Güter gelangen in Polen zur Versteigerung. Nach einer Ankündigung der Boden-Kredit-Gesellschaft in Warschan gelangen im Laufe des Monats Mai in ganz Polen 562 landwirtschaftliche Güter, teils grösseren, teils kleineren Umfangs, wegen Nichtabzahlung der Hypotheken Schulden zur Versteigerung. Diese Ankündigung kennzeichnet in deutlicher Weise die heutige schwere Lage der polnischen Landwirtschaft.

§ Bewußtlos aufgefunden wurde am Dienstag nachmittag auf der Friedrichstraße (Długa) ein Mann. Passanten riefen die Rettungsbereitschaft herbei, die den Bewußtlosen ins Städtische Krankenhaus brachte. Dort stellte man fest, daß es sich um den 42-jährigen arbeits- und obdachlosen Karl Michałski aus Posen handelt, der nach Bromberg gekommen war. Bei einem Gang durch die Friedrichstraße fiel er vor Erschöpfung um und blieb bewußtlos liegen.

§ Zu „Schöner Hoffnung“ berechtigt anscheinend jener 14-jährige Junge, der am Montag nachmittag der auf die Straßenbahn wartenden Konstancja Nowak die Handtasche öffnete und ein Portemonnaie mit dem Betrag von 13 Zl. entwendete. Die Geschädigte konnte jedoch rechtzeitig den Diebstahl entdecken und den jugendlichen Taschendieb durch einen Polizisten festnehmen lassen.

§ Der heutige Wochenmarkt auf dem Friedrichsplatz (Starý Rynek) brachte mittelmäßigen Verkehr. Zwischen 9 und 10 Uhr forderte man für: Molkereibutter 1,20, Landbutter 1,00—1,20, Tilsiterkäse 1,20, Weißkäse 0,20, Eier 0,75, Spargel 0,25—0,50, Blumenkohl 0,50—0,70, Zwiebeln 0,10, junge Möhren 0,25, Suppengemüse 0,05—0,10, Kar-

Bei Dürregefahr regt der kürmäßige Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwassers die Darmtätigkeit kräftig an und macht den Körper schlank. Arztlich bestens empfohlen.

1530

dieschen 0,05—0,10, Gurken 0,70, Salat 0,10—0,15, Apfel 1,00 bis 1,20, Spinat 0,15—0,20, Gänse 4,00, Pufen 4,00—4,50, Hühner 2,30—2,50, Hühnchen 1,00—1,80, Tauben 0,50—0,60, Ale 1,00—1,20, Schiefe 1,00—1,20, Schleie 0,80—1,10, Karauschen 0,40—1,00, Plöze 0,25—0,50, Bressen 0,50—1,00.

Ein übereifriger Beamter vor Gericht.

Mogilno, 21. Mai. In vergangener Woche wurde im hiesigen Bürgergericht ein ausschweifender Prozeß geführt. Vor der verstärkten Strafkammer der Außenabteilung des Gnesener Bezirksgerichts hatte sich der Untersuchungsbeamte von der hiesigen Polizeistation, Antoni Rusz, wegen wissenschaftlicher Überschreitung seiner Amtsgewalt zu verantworten. Der Anklageakt warf ihm vor, am 17. Januar d. J. um 3 Uhr nachts im Hotel „Polonia“ den ihm als „Spion“ erscheinenden Arzt Leon Blaszki wie vom Kreisfrankenhause in Strelno, der sich auf der Durchreise nach Bromberg befand, verhaftet zu haben. Die fast sechsstündige Gerichtsverhandlung, während welcher zehn Zeugen vernommen wurden, ergab folgendes:

In der kritischen Nacht befand sich der Angeklagte im angetrunkenen Zustand im oben erwähnten Hotel in der Gesellschaft eines gewissen Julian Cerkaski, dem der Arzt, der sich nicht als Doktor titulieren ließ und in einem Pelz auftrat, sowie sich mit einem Direktor lateinisch unterhielt, äußerst verdächtig erschien, worauf ihn Rusz mit dem diensthabenden Polizisten Grätz verhafteten, trotzdem sich der Arzt zu legitimieren versuchte. Am darauffolgenden Vormittag haben es auch die übrigen Polizeibeamten nicht für nötig gehalten, auf irgend eine Art und Weise Auskünfte über den Verhafteten einzuholen, so daß er bis 11 Uhr in dem kalten Arrestlokal sitzen mußte. Als darauf Herr Filisiemowicz aus Mogilno kam und seinen Universitätskollegen legitimierte, wurde derselbe auf freien Fuß gesetzt.

Nach einer einstündigen Anklagerede des Staatsanwalts Bajaczkowski verurteilte das Gericht den Angeklagten, der als Gewohnheitsstrinker gilt, zu sechs Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten. Als mildernder Umstand wurde angesehen, daß Rusz schon wichtige Dienste für die Behörden geleistet hat, was das Gericht veranlaßte, ihm eine fünfjährige Bewährungsfrist zu zubilligen.

Argenau (Gnielkowo), 21. Mai. Auf dem Dominium Lipie wurde in der letzten Nacht eine Fuhr Stroh von einem auf dem Felde stehenden Schieber gestohlen. Als Täter wurde ein Landwirt ermittelt.

Dem Knecht des Landwirts Schulteis in Mleczkowo wurden in der vergangenen Nacht von unbekannten Dieben sämtliche Anzüge, ein Fahrrad und 10 Zloty Bargeld gestohlen.

Mogilno, 21. Mai. Epilog einer Diebestragödie. Zwischen den Eheleuten Wladyslaw und Rozaia Nowak in Pakosch entstanden kurz nach der Heirat Zwistigkeiten, die zu einem Hausring führten und den jungen Ehemann veranlaßten, seine Frau zu verlassen, um bei seinem Vater zu wohnen. Die verlassene junge Frau fand bald in dem 26-jährigen Schuhmacher Stefan Luczak in Pakosch einen Verleger. Dafür rechnete Nowak mit seiner Frau ab, indem er sie während einer Begegnung tatsächlich beleidigte. Darauf beschloß der Schuhmacher, Roza zu über. Als er eines Tages Nowak und dessen Vater auf dem Marktplatz traf, fiel er über beide her. Es entpannte sich eine blutige Schlägerei, in deren Verlauf Luczak mehrere Revolverschüsse auf jene abgab. Beide wurden schwer verletzt. Nunmehr hält sich Luczak wegen versuchter Tötung in Mogilno vor der Außenabteilung des Gnesener Bezirksgerichts zu verantworten, das ihn zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilte. Als er in die Gefängniszelle abgeführt werden sollte, fiel ihm Frau Nowak um den Hals und versuchte ihn vor den Kerkermauern zu retten. Es entstand ein Menschenauflauf, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Posen, 21. Mai. Im Befinden des seit etlichen Wochen schwer erkrankten Kardinal-Erzbischofs Dr. Holland ist eine gewisse Besserung eingetreten, so daß er seit einiger Zeit täglich mehrere Stunden außerhalb des Krankenbetts zu bringen kann. Bis zu seiner völligen Genesung dürfte es jedoch noch einige Zeit dauern.

Für den Bau einer neuen Bade- und Schwimmanstalt sind in den neuen Stadtbauhauptsvoranschlag 25 000 Zloty eingestellt worden; ein Teil der Kosten soll aus dem Arbeitsfonds gedeckt werden. Nunmehr ist mit den Erdarbeiten für diesen Zweck in der Litauischen Allee im Solotsch begonnen und dadurch gegen 300 Arbeitslosen Beschäftigung gegeben worden. Die Bade- und Schwimmanstalt wird in ihren Ausmassen alle anderen in Polen weit übertreffen. Sie soll aus 5 Becken, die ganz aus Beton hergestellt werden, bestehen.

Montag nachmittag geriet in der fr. Großen Berlinerstraße die 5jährige Halina Baborak aus der fr. Jeschitscherstraße durch eigenes Verschulden unter einen Lastkraftwagen, indem sie kurz vor dem in voller Fahrt befindlichen Wagen die Straße überqueren wollte. Dem Chauffeur gelang es zwar noch, den Wagen zum Stehen zu bringen. Gleichwohl hatte das Kind so gefährliche Verleihungen davongetragen, daß es in bedenklichem Zustande ins Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

70 Bauernhäuser zerstört.

Über die Gegend von Kielce ging ein gewaltiger Gewittersturm und Wolkenbruch nieder, der in einer Reihe von Kreisen schweren Schaden verursachte, in den Dörfern Döcher davontrug und zahllose Telegraphenstangen und Bäume umwarf. Im Kreise Stopnitz wurden 70 Bauernhäuser zerstört, wobei von den Trümmern viele Bewohner verletzt und einige Personen getötet wurden.

Chef-Medakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: J. B. Arno Ströbe; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hansfreund“

Ihre Vermählung

geben bekannt

**Walter Eichstädt
Irmgard Eichstädt**
geb. Behlau.

Bielonka, im Mai 1935.

1776

Heute früh 7 Uhr nahm Gott unsere sonnige, gute Tochter und über alles geliebte Enkelin

Elisabeth Hoffmann

nach kurzer, schwerer Krankheit im blühenden Alter von 22 Jahren zu sich in sein Reich.

**Gertrud Gzarske verm. Hoffmann
Adolf Gzarske
Robert Gebel und Frau.**

Graudenz, den 21. Mai 1935.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 24. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes aus statt.

4296

Achtung!

Autobus-Verkehr

Ab 23. Mai verkehren die Autobusse auf der Linie Swiecie-Borowno-Gruczno-Bydgoszcz nach folgendem Fahrplan:

An Alltagen:

Abfahrt Bydgoszcz	8.00	13.00	18.30
Ankunft Swiecie	9.45	14.50	20.20
Abfahrt Swiecie	7.00	12.00	18.00
Ankunft Bydgoszcz	8.50	13.45	19.45

An Sonn- und Feiertagen:

Abfahrt Swiecie	7.00	18.00	1779
Ankunft Bydgoszcz	8.50	19.45	
Abfahrt Bydgoszcz	11.00	23.30	
Ankunft Swiecie	12.50	1.15	

J. POLLITZ, Topolinek. Tel. Topolno Nr. 5.

Dauerwellen

ausgeführt m. neuesten Apparaten

durch Dampf und elektrisch.

Wasserwellen Manufaktur, Salon Kroente, Dworcowa 3.

Wer schenkt deutsches arbeitslohen Fa- milie alten Kinderwagen z. Ausf. des 6. jetzt 3 Mon. alt. Kindes? Krysiak, Torunia 49. Hf. 1. Parade, links. 4189

30.000 Tomatenpflanzen mit Topfballen und aus Mistbeet, unsere überall beliebte Spezialsorte.

Gemüse- u. Blumenpflanzen in vorzüglicher Qualität empfiehlt

4275

Balkonpflanzen

wie Pelargonien in 10 Sorten Petunien in 8 Sorten und Fuchsien.

Rankende Cobaea, alles mit Topfballen in riesengroßer Auswahl und besser Ware zu niedrigen Preisen, sowie

30.000 Tomatenpflanzen mit Topfballen und aus Mistbeet, unsere überall beliebte Spezialsorte.

Gemüse- u. Blumenpflanzen in vorzüglicher Qualität empfiehlt

4275

Robert Böhme

Ogrodnictwo T. z. o. p., Bydgoszcz.

Hauptgewinne der 32. Polnischen Staatslotterie

IV. Klasse (ohne Gewähr).

11. Tag vormittags.

10000 zl Nr. 51253 57047 63170.

5000 zl Nr. 46574 66619.

2000 zl Nr. 36425 43617 47345 49394 53709

59640 61016 62772 65495 69078 70063 83837 87013

88165 102069 114811 126461 132310 137045 137050

150319 158170 161520 171070 181082.

1000 zl Nr. 200 835 2704 3539 3675 3747

17384 17648 31796 42586 46200 46229 47953 49404

49716 53139 57014 58839 59773 60818 67210 67839

69016 76039 79348 80787 85394 90021 101042

103876 106560 114884 116394 116644 117525 117532

120801 122384 131546 137467 139122 150439 153778

154483 155748 160011 160737.

11. Tag nachmittags.

10000 zl Nr. 10731 52198 89005 121582.

5000 zl Nr. 46574 66619.

2000 zl Nr. 11760 16173 29007 29358 46992

52409 55147 66388 100340 102127 134904 158832

167749.

1000 zl Nr. 7407 8363 10265 31372 35828

39887 41414 41520 47032 48070 73714 80455 91064

84282 86193 87884 91337 119004 123052 132311

141493 143829 50016 159690 161521 163271 169249

175355 177881 177988 178125.

Kleinere Gewinne, die im obigen Auszug nicht angegeben sind, kann man in der Rosettur „Uśmiech Fortuna“ Bydgoszcz, Pomorska 1 oder Toruń, Zeglarska 31, feststellen.

Chem. Konf.-Richter
Dr. v. Behrens
Promenada 5
Tel. 18-01 2822
erledigt (überseit
5 Sprachen)
alle Schriftstücke
amtlicher und
privater Natur.

Polnische Stunden
werden erzielt 1594
Jagiellońska 24/1.

Heirat

Tüchtigem Landwirts-
sohn wird Gelegenheit
angeboten in einer 50 Mg.
große Niedrigwirtschaft
mit gut. Neben-
verdienst einzuherraten.
5-8000 zl erforderlich.
Off. u. M. 1722 an die
„Deutsche Rundschau“.

Lebensgefährten
im Alter von 35-50 J.
Offerter unter Nr. 1766
a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Landw. Vogt
in fikt. Stellg., 26 J. alt,
engl. sucht tüchtig, ge-
fund. Landmobil mit
entsprechend. Vermög.,
bis 28 Jahre

Zweds Heirat
fenn. j. lernen. Off. mit
Bild unt. A. 4283 an die
Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Dekora
ul. Gdańsk 22

Telefon 226

empfiehlt

zu billigsten Preisen

ist stets ein

willkommenes Geschenk

Wir bieten Ihnen eine

große Auswahl.

A. Dittmann T. z. o. p.

Papier u. Schreibwaren

Büroartikel

Marsz. Focha 6. Tel. 61.

Flavier- u. Geigen-

Unterricht erzielt

Spez. - Hähwerkstatt

für stilvolle Gardinen

und Stores.

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

3736

Bromberg, Donnerstag, den 23. Mai 1935.

Pommerellen.

22. Mai.

Graudenz (Grudziądz)

Wieder Inbetriebnahme der PePeGe?

Die Frage der Wiederinbetriebsetzung der Graudenzer Gummiwarenfabrik (PePeGe), eine Angelegenheit, die für die Stadt Graudenz von solch einschneidender wirtschaftlicher Tragweite ist, blieb bisher immer noch unbeantwortet. Mit Sehnicht harzt auf eine günstige Lösung dieser Sache eine sehr zahlreiche Arbeiterschar, die jetzt der Beschäftigung entbehrt und daher Not leiden muß.

Wenn eine Meldung zutreffend sein sollte, die jetzt in der Presse auftaucht, so würde das wieder ein Hoffnungsschimmer für die vielen Interessierten sein. Angeblich bemüht sich die Verwaltung der Konkursmasse der Fabrik, das Unternehmen möge neue Aktien in Höhe von zehn oder mehr Millionen ausgeben, um mit dem Ertrag die Verbindlichkeiten der PePeGe zu decken. Die Aktien sollen dann im Laufe einer gewissen Reihe von Jahren eingelöst werden.

Allzuviel Vertrauen darf man wohl auch diesmal nicht hegen, daß nun endlich die Fabrik in Gang kommen wird. Die bisherigen Erfahrungen sprechen nicht gerade dafür.

Die Sozialversicherung (frühere Krankenkasse) weist erneut darauf hin, daß der Umtausch der alten Versicherten-Legitimationen in die vorgeschriebenen neuen Ausweise bis spätestens zum 31. Mai d. J. erfolgt sein muß. Das Institut hat für die Erteilung der neuen Legitimationen an den Tagen bis zum 31. d. M. die Stunden von 9–15 und von 17–21 Uhr, sowie an den Sonn- und Festtagen (26. und 30. Mai) von 11–18 Uhr bestimmt. Die Bilder, die von den Versicherten sowie von ihren über 14 Jahre alten versicherungsberechtigten Angehörigen vorzuweisen sind, müssen das Format von 4½ × 6 Centimeter haben. Wer nach dem 31. Mai d. J. nicht im Besitz der neuen Legitimation ist, geht des Rechts der Arztinanspruchnahme verlustig.

Die Wahlen zum neuen Kreisrat im Landkreis Graudenz fanden am letzten Sonntag statt. Nach Mitteilung des „Dziennik Grudziądzki“ hatten sie folgendes Ergebnis: Von den 15 Mandaten erzielten der Regierungsblock (PePe) 14, die Nationale Partei (Endecja) 1; außerdem wurden gewählt 2 Parteilose und 1 Anhänger des Regierungsblocks.

Reitertraining für die Berliner Olympiade in Graudenz. Wie s. B. bereits berichtet, sollen in unserer Stadt die zur Teilnahme an der im nächsten Jahr in Berlin stattfindenden Olympiade aussersehenen Reiter ihr Training abhalten. Jetzt wird hierzu gemeldet, daß es sich um zwölf Teilnehmer handelt, die unter der Leitung von Major Antoniewicz oder Królikiewicz vom 1. Januar n. J. ab bis zum Beginn der Berliner olympischen Wettkämpfe ihre Übungen abhalten sollen. Aus diesem Dutzend Reiter werden dann sechs Teilnehmer für Berlin ausgewählt.

Wieder einmal die Kartenspielgäuner! Ein Bewohner von Warlubien (Warlubie) Kreis Schwetz, ließ sich, wie der Polizei angezeigt wird, von drei ihm unbekannten Personen auf der Eisenbahnbrücke zu einem Spielchen im berüchtigten Dreieckblatt verleiten. Dabei „verlor“ er natürlich, und zwar so hoch, daß er seine goldene Uhr den „glücklichen Gewinnern“ überlassen mußte. Das mehr als unangenehme Abenteuer wird den hereingefallenen Hoffentlich vorsichtiger machen.

Folgende von Diebstählen herrührende Sachen können von den Geschädigten auf der hiesigen Kriminalpolizei in Augenschein genommen werden: eine braune Attentasche mit Patronenschloß, drei Plüschtroppe (gemustert, gute Qualität), ein Stück Sohlenleder, eine Lautsäge, ein kleiner Bohrer, eine hellblaue Barchentdecke, ein Gepäckhalter (am Fahrrad anzubringen).

Aus dem Landkreise Graudenz (Grudziądz), 21. Mai. Nächtliche Einbrüche wurden vor einigen Tagen in Gr. Schönwalde (Szynwałd) verübt. Aus der Wohnung des katholischen Pfarrers Felski, der seit einigen Wochen frank im Graudenser Spital weilt, stahlen die Spitzbuben 60 Flaschen Messwein. In derselben Nacht statteten die Einbrecher der Behausung des Pfarrgutspächters Jasiński einen Besuch ab, wo sie ein geschlachtetes Schwein und sonstige Lebensmittel im Werte von 250 Złoty entwendeten. Die Polizei leitete eifrige Nachforschungen nach den Tätern.

beirke des Bezirksgerichts in Thorn vor einigen Tagen eine territoriale Änderung erfahren. Der Bezirk I wird jetzt umfassen den Thorner Stadtkreis einschließlich der Vorstädte und des Bezirks des Polizeireviers Thorner-Vorstadt. Dieser Bezirk untersteht dem Vizeprokurator des Bezirksgerichts Zygmunt Bielecki. Der Bezirk II wird das Gebiet des Thorner und Culmer Verwaltungskreises umfassen und dem Unterstaatsanwalt Bolesław Blelecki unterstehen. Der Bezirk III wird das Gebiet des Briener Verwaltungskreises umfassen und dem Unterstaatsanwalt Kazimierz Bajaczkowski unterstehen.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 12. bis 18. Mai d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt die ehelichen Geburten von 7 Knaben und 13 Mädchen zur Anmeldung und Protokollierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 16 (7 männliche und 9 weibliche Personen), darunter 3 Erwachsene im Alter von über 50 Jahren und 6 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 4 Eheschließungen vollzogen.

Eine zusätzliche Podencschuhimpfung findet, wie die Stadtverwaltung bekannt gibt, am Freitag, 24. Mai, von 14–16 Uhr in der Volksschule Nr. 1 in der Gerechtstraße (ul. Prosta) statt. Zur Impfung sind alle Kinder zu bringen, die in dem vorgeschriebenen Termin nicht angemeldet waren.

Die Unterschrift seines Bruders gefälscht hat dieser Tage ein gewisser Mordka Bulak. Als ihm der Rabbi Dr. Zajaczkowski ein gewünschtes Darlehen in Höhe von 200 Złoty auszahlte, fälschte er auf dem ihm vorgelegten Verpflichtungsschein die Unterschrift seines Bruders Mordheim Bulak aus Leibitsch (Lubice). Die Namensfälschung ist Gegenstand einer polizeilichen Untersuchung.

Dem Dienstag - Wochenmarkt gaben der erste Frieder, Narzissen, Himmelschlüsselchen, sehr viel Tulpen, Levkojen, Goldblatt, Primeln usw. ein besonders frühlingsmäßiges Gepräge. Es kosteten: Gier (sehr viel) 0,70–0,80, Butter 0,80–1,20, Glühwein pro Stück 0,20, Kochäpfel 0,40–0,50, Pomarańcza 0,35, Tauben 0,50–1,00, Hühner 2,00–3,50, Enten 2,50–4,50, Puten 4,00–7,00, Gänse 5,00–9,00; Spargel 0,20–0,60, Spinat 0,15–0,20, Rhabarber 0,10, Salat pro Kopf 0,05–0,20, Radieschen pro Bund 0,10–0,15, Karotten pro Bund 0,20–0,30, Salatkürbisse pro Stück 0,30–1,20, saure Gurken pro Stück 0,05–0,20, Sauerkraut 0,05, Meerrettich pro Stück 0,05–0,20, rote Nüßen 0,15, grüne Petersilie und Schnittlauch pro Bund 0,05, Zwiebeln 0,15–0,20, Möhren pro Maß 0,10–0,15, Kartoffeln 0,03–0,04 Złoty usw.

Konitz (Chojnice)

Großfeuer durch Funkenaustritt aus dem Schornstein entstanden. Am Montag fing das Strohdach des Landwirts Stanisław Galikowski in Malachin Feuer und in kurzer Zeit stand das ganze Gehöft in Flammen. Scheune und Stall mit allem Inventar wurde vernichtet. Der Schaden beträgt etwa 500 Złoty und ist nur zur Hälfte durch Versicherung gedeckt.

Wegen gemeiner Tierquälerei wurde der auf dem Gut Krojanient beschäftigte Arbeiter Józef Ryngwelski zur Anzeige gebracht. Er hatte auf ein Pferd mit einer Hacke eingeschlagen und diesem eine 10 Centimeter tiefe Wunde beigebracht. Das Tier ist schwer verletzt, daß es vielleicht nicht mehr gerettet werden kann.

Bandsburg (Wiechorka), 21. Mai. Der am Dienstag hier abgehaltene Vieh- und Pferdemarkt war mit reichlichem Material besichtigt. Von den aufgetriebenen Pferden wurden für gute Arbeitspferde 300–400 Złoty gefordert, geringere standen von 200–250 Złoty im Preise. Für Milchkühe wurden je nach Qualität 100–250 Złoty gezahlt. Im allgemeinen war der Marktlauf schleppend.

Zempelburg (Sepólno), 20. Mai. Anlässlich des Abtriebs des ersten Marschalls Polens Piłsudski fand hier am Freitag, dem 17. d. M., abends 8 Uhr, eine große Trauermanifestation aller Verbände und Vereine auf dem Alten Markt statt; von hier aus zog sich der Zug unter Vorantritt der Musikkapelle nach dem Starostegebäude in Bewegung, wo der Kreisstarost Dr. naß und Lehrer

Graudenz.

Kino APOLLO, Grudziądz.
Ab heute bis Sonntag einschließlich
die große deutsche Film - Operette

Viktor oder Viktoria?

Regie: Reinhold Schünzel.
Hauptrollen: Renata Müller - Hermann Thimig.
Anfang der Vorstellung 5, 7 und 9 Uhr.

Für Konzerte Gesellschaften u. Tanz,
empfiehlt sich Kapelle R. Jeske, Dworcowa 23–25.

Kaufe alte deutsche Silbermünzen
zum höchsten Tagespreis
G. Wodzat, Toruńska 10. 4298

Frau sucht Arbeit
zum Federkleinen fürs Land für Lebensmittel.
Janz, Graudenz, Solna 6/12. 4288

Der evangl. Kirchenchor
führt am Sonntage, dem 26. Mai, von
4 Uhr an, im Saal des Hotel Fabiushewski
in Radom Pom. das

„Lied von der Glode“
vertont von Romberg, vor und lädt dazu
herzlich ein Bandlin.



COLGATE

IST DIE ERSTE...

ZAHNPASTA, approbiert und empfohlen
durch den VERBAND DER ZAHNÄRZTE
IN POLEN.

Der Stempel auf der Verpackung der Zahnpasta Colgate ist die beste Antwort auf die Frage: „Welche Zahnpasta sollen wir benutzen?“ Was kann wohl ein überzeugenderer Beweis dafür sein, daß die Zahnpasta Colgate besser und gründlicher reinigt, daß die Zähne einen unvergleichlichen Glanz annehmen? Beginne noch heute mit dem Gebrauch der Zahnpasta Colgate und niemals wirst du es bedauern.

Benutze Zahnpasta Colgate zweimal täglich.
Besuche den Zahnarzt zweimal im Jahre.

Laden
Czernowicki

zu vermieten.

Grudziądz, Wybickiego 23

Näheres I Treppe beim Hauswirt.

3213

Thorn.

Wäschestoffe

in allen Breiten und verschiedenen Qualitäten.

Große Auswahl.

Billig.

3021

W. Grunert, Toruń, Szeroka 32. Tel.

1990

Kirchenformulare

Verzeichnis auf Wunsch

A. Dittmann L. z. o. p., Bydgoszcz

Tel. 61 — Marij. 70ha 6

Gratina Ansprachen hielten. Am Sonnabend — dem Tage der Beisetzung — fand vormittags nach einem halbstündigen Gottesdienst aller Kirchenglocken ein feierlicher Gottesdienst in der katholischen Pfarrkirche statt. Den Abschluß der Trauerfeierlichkeiten bildete eine abends im katholischen Vereinshaus stattgehabte Gedenkfeier.

Auf den letzten wegen des regnerischen Wetters nur mäßig besuchten Wochenmarkt kostete Landbutter 0,80 bis 1,00, Molkereibutter 1,30, Eier 0,60—0,65 die Mandel. Die Preise für Absatzfleisch auf dem Schweinemarkt schwankten zwischen 18,00—21,00 Zloty pro Paar; Hühnchen kosteten 25,00 Zloty pro Bentner.

Die Katastrophe der „Maxim Gorki“.

Bericht eines Augenzeugen.

Das Großflugzeug „Maxim Gorki“ war auf seinem Unglücksflug von 2 kleineren Flugzeugen begleitet. Eines dieser Begleitflugzeuge ist heil davongekommen; es trägt die Nummer P 5 und wurde vom Piloten Rybuschkin gesteuert. Rybuschkin schildert seine Beobachtungen folgendermaßen:

Am 17. Mai abends erhielt ich einen Flugauftrag zum 18. Mai gleichzeitig mit Blagin; mit mir sollte die Kinooperateur fliegen, Blagin aber sollte die „Maxim Gorki“ begleiten, um den Größenunterschied zwischen dem Kleinflugzeug und der Riesenmaschine zu veranschaulichen. Unmittelbar vor dem Abflug sagte Michajew, der Pilot der „Maxim Gorki“ zu Blagin, er solle das Figurenmachen lassen und der „Maxim Gorki“ weit vom Leibe bleiben. Blagin war gekränkt und erwiederte, er sei kein kleiner Junge, sondern fliege bereits seit 15 Jahren.

Rybuschkin fuhr fort: Blagin und ich begleiteten die „Maxim Gorki“; er rechts und ich links. Als die „Maxim Gorki“ den Rundflug beendet hatte und zum Flugplatz zurückkehrte, ging ich etwas höher. Ich bemerkte, daß Blagin auf der rechten Seite eine sogenannte Tonne machte und dabei von der „Maxim Gorki“ abgetrieben wurde. Dann ging er auf den linken Flügel. Ich stieg daher noch höher, weil ich befürchtete, Blagin würde vom Schwung nach links getrieben werden. Blagin gab Gas und machte eine neue Figur; sie gelang ihm nicht. Er verlor an Geschwindigkeit und prallte an den rechten Flügel der „Maxim Gorki“ ungefähr dort, wo sich der mittlere Motor befindet. Offenbar traf er auf einen Ölbehälter, denn es entstand schwarzer Rauch. Blagin hatte die obere und untere Bekleidung des Flügels durchstoßen. Die „Maxim Gorki“ neigte sich nach rechts über und Blagin stürzte mit seinem Flugzeug ab. Die „Maxim Gorki“ hielt sich noch 10 bis 15 Sekunden in der Luft, dann nahm die Rechtsneigung zu. Ein Teil des rechten Flügels löste sich ab. Das Flugzeug begann senkrecht abzutrudeln und schlug schließlich auf eine Baumgruppe von Kiefern auf und zerstörte auf dem Boden.

Ich drostete die Gaszufuhr meines Flugzeuges ab und ging im Gleitflug unmittelbar über der Unfallstelle herunter. In diesem Augenblick packte mich der Kinooperateur an der Kehle und begann mich zu würgen. Er hatte infolge des Schrecks die Nerven verloren und wollte mich zur Notlandung veranlassen. Ich verlor zunächst die Herrschaft über die Maschine, die in eine trudelnde Bewegung geriet. Um mich zu befreien, schlug ich den Kinooperateur mit aller Kraft ins Gesicht; er setzte sich wieder und saß still bis zur Landung. Ich konnte die Maschine dann absfangen, machte noch 2 Kreise über der Unglücksstelle und schritt dann zur Landung. Eine Aufnahme der Katastrophe wurde, wie die obige Schilderung begreiflich macht, nicht ausgeführt. Nur der vorhergehende Flug der „Maxim Gorki“ war gefilmt worden.

Gegen die Christenverfolgungen in Sowjetrußland.

Protestkundgebung in Rotterdam.

Rotterdam, 21. Mai. (Eigene Meldung). Am Montag abend fand in der überfüllten reformierten Kirche in der Almanstraat auf Veranlassung des holländischen internationalen Verbandes „Gottesdienst, Familie, Autorität“ eine große Protestkundgebung gegen die Christenverfolgungen in Sowjetrußland statt. Den Anlaß zu dieser Kundgebung, der über 2500 Personen bewohnt, boten die in Sowjetrußland erlassenen Todesurteile gegen zwei evangelische Geistliche und die Tatsache, daß von den Sowjetbehörden noch immer 27 evangelische Pfarrer noch in Sowjetrußland ausgesetzt waren. Nur der vorhergehende Flug der „Maxim Gorki“ war gefilmt worden.

Die Gefühle der Versammelten wurden am Schluß der Kundgebung von dem bekannten Rotterdamer Prediger Dr. Krop in zwei Protestentschließungen zusammengefaßt, die telegraphisch an die Niederländische Regierung und an den französischen Gesandten in Haag übermittelt wurden. In den Entschließungen wird kategorisch die Freilassung der von den Sowjetbehörden gegen jedes menschliche Gefühl und Recht gefangen gehaltenen 27 Geistlichen gefordert und ein Einschreiten der nunmehr mit Sowjetrußland befreundeten Französischen Regierung, sowie des Völkerbundes gegen die Sowjetregierung verlangt.

Von kommunistischer Seite geplante Störungsversuche konnten von der Polizei mühelos verhindert werden.

Philip Krenz: Zeit und Ewigkeit. Gedichte. Sompolno, pow. Kolo, Selbstverlag. Druck „Neue Lodzer Zeitung“. 245 S.

Unter den Heimatdichtern in Polen nimmt der aus Galizien stammende Sompolnoer Pastor Ph. Krenz eine hervorragende Stellung ein. Seine Gedichtsammlung ist die umfangreichste der neuesten Zeit bei uns und besonders wertvoll, weil sie nicht nur schöne lyrische Gedichte über die verschiedenen Jahres-, Fest- und Freizeiten bringt, Balladen, Legenden und Romanzen, sondern auch solche über Heimat und Fremde wie: Ausland deutsche, Mein Heimatland, Das deutsche Lied, Lied der Ausland deutschen. Manche davon reizen einen geradezu zur Bertönung und wären wertvoll. Allgemeingut nicht nur unserer Volksgruppe zu werden. Das geschmackvoll gedruckte, mit einem Bild des Verfassers geschmückte Buch kann warm empfohlen werden.

Deutsche Vereinigung.

Gründung der Ortsgruppe Santomischel.

Am Freitag, dem 8. Mai, abends 8 Uhr, fand im Saale des Gartwirts Andrzejewski die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Santomischel der Deutschen Vereinigung statt. Etwa 160 Volksgenossen aller Stände und Berufe hatten sich zusammengefunden, um sich durch die von Beifallskundgebungen unterbrochenen Ausführungen der Volksgenossen Dr. v. Gersdorff und R. Utta über den Sinn und die Aufgaben der Deutschen Vereinigung unterrichten zu lassen. Auch Mitglieder der Jungdeutschen Partei waren zu dieser Versammlung eingeladen worden. Die völlig haltlosen Einwände eines Redners der Jungdeutschen Partei wurden von den beiden Hauptrednern des Abends widerlegt. Nachdem die Mitglieder der Jungdeutschen Partei auf Aufforderung des Versammlungsleiters, Ruhe zu währen, den Saal verlassen hatten, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten, der sich aus den Volksgenossen Kirschke als Vorsitzenden, Klem und Seidel zusammensetzte. Als Mitglieder der Revisionskommission wurden gewählt die Volksgenossen Müller-Santomischel und Rother-Lefno.

Muttertag und Jugendwimpelweihe

der D.-G. Lessen

Bei schönstem Wetter hatten sich auf einer Waldwiese in Clarenau, die mit Fahnen und Bänken von freiwilligen Helfern zu einem Festplatz hergerichtet war, ungefähr 600 Mitglieder der Ortsgruppe vereinigt, um die deutsche Mutter zu feiern. In geschlossenem Zug marschierte die Jugend, und der Wald sang von Liedern wider. Der Ortsgruppenvorsteher gab dem Dank an die Mutter und Frau in beredten Worten Ausdruck. Die deutsche Mutter wurde gefeiert durch Ansprachen, Gedichte und durch ein reizendes Frühlingspiel der Kinder. Schließlich wurde einer Mutter von 16 Kindern, von denen noch 11 am Leben sind, nämlich der Bg. Frau Mantay aus Bogdanki, durch Anna von Koerber ein großer Blumenstrauß überreicht. Der Musikkreis der Ortsgruppe umrahmte die ganze Feier durch Musikstücke.

Dann traten die Fahnenträger des Wimpels der Jugendgruppe und 6 Wimpelträger der 5 Spielscharbezirke mit aufgerollten Wimpeln auf den Festplatz vor die Rednertribüne, und feierlich hieß das Lied: „Sachs halte Wacht, Sachs halte Wacht!“ durch den Wald. Bg. v. Koerber hieß die Weihereide, über die Fahne als Symbol der Bewegung und über die Treue zur Fahne; das Schwarz der Rotzeit werde überstrahlt von dem Weiß der Tatkrone, deren tiefster Sinn darin liegt, stets bereit zu sein, heldische Auffassung und Opfermut zu bewahren. Dann senkten sich alle Wimpel gegen die Rednertribüne und jeder erholt seinen Weihespruch. Die Wimpelträger schritten dann zu ihren Gruppen und die ganze Volksgemeinschaft

sang das Lied: „Vorwärts, vorwärts.“ Den Abschluß bildete ein Marsch durch den Wald.

Die Stunde dieses Nachmittags im Walde, getragen vom Geist echter Kameradschaft, war allen Teilnehmern ein starkes Erlebnis und ein sichtbarer Ausdruck der neuen Zeit.

Mitgliederversammlung.

Die Ortsgruppe Osche im Kreise Schweiz veranstaltete am Sonnabend, dem 12. Mai, eine Mitgliederversammlung, verbunden mit der Feier des Tages der Arbeit und anschließender Vorstandswahl. Zahlreiche Gäste aus anderen Ortsgruppen, unter anderem auch die Jugendgruppen aus Laskowitz und Driftshain und ihre Ortsgruppenvorstände hatten sich hierzu eingefunden.

Bg. Bloch begrüßte die Anwesenden und hieß die Eröffnungsansprache. Er gedachte in zu Herzen gehenden Worten, der für ihr Volkstum gefallenen Volksgenossen Kirschke und Groen. Eine Sammlung zu Gunsten der Hinterbliebenen wurde beschlossen. Auch der Muttertag wurde, der gerade auf diesen Tag fiel, gebührend erwähnt. Fräulein Bayer trug das Gedicht einer deutschen Mutter: „Seid einig“, vor. Bg. Bloch sprach dann noch über das Thema „Waren die Deutschen einig, dann waren sie stark und siegreich.“ Dr. Hempe hieß einen Vortrag. Bg. Fuchs und Bg. v. Modrow-Modrowo sprachen in begeisterten Worten, von Beifall oft unterbrochen, über unsere Stellung zur DDP, über den frischen, arbeitsfreudigen Geist der Deutschen Vereinigung, ihre Taten und Ziele, über Treue und Glauben am Volk. Bg. „Vater“ Sommerfeld sprach wie immer, originell mit viel Humor gewürzt, dann aber auch ernst, über sein, seines Vaters aber auch unseres Kernspruch „Tue recht und scheue niemand.“ Jugendpfleger Huwe sprach zur Jugend, die hellen, freudig leuchtenden Augen der Jungen und Mädel sagten ihm und uns, mehr als Worte es ausdrücken können. Zwischen den einzelnen Vorträgen wurden neue Lieder gesungen, auch kamen Sprechchöre zum Vortrag.

Von 5—9 Uhr dauerte der offizielle Teil der Veranstaltung, der mit der Vorstandswahl endete. Nun folgte der frohe Kameradschaftsabend mit Volkstänzen für die Jugend und für die Älteren. Fräulein Pech hieß die gesamte Jugend bis zum Schluss im Banne froher heiterer Geselligkeit. Allesamt wurde der Wunsch geäußert, recht bald wieder eine solche Veranstaltung mitzumachen. Ein wahrer Festtag für jung und alt.

In den Vorstand wurden einstimmig gewählt: Vorsitzender: Bg. Herbert Bloch, Bauer aus Busched. Schriftführer: Karl Fuchs, Osche, Bäckermeister. Kassierer: Paul Piotrowski, Osche, Schuhmachermeister. Revisionskommission: Franz Kirschke, Bresin, Bauer, Leopold Kaldomski, Osche, Tischlermeister.

Pilsudskis Testament.

Im Zusammenhang mit den Nachrichten, die in einigen ausländischen Zeitungen erschienen waren, und nach denen der verewigte Marshall Pilsudski in einem politischen Testament seinem Volk verschiedene Weisungen auf dem Gebiet der Außenpolitik hinterlassen habe, ist der „Illustration Kurier Codzienny“ in der Lage, andere Versionen bekannt zu geben, die, wie das Krakauer Regierungsorgan behauptet, aus sehr gut informierter Quelle stammen. Danach hat der Marshall noch als Staatschef zwei Testamente verfaßt und zwar: Ein Testament über private Angelegenheiten und das andere über politische Fragen.

Das Testament über private Angelegenheiten

ergänzte der Marshall von Zeit zu Zeit und hinterließ es vor einigen Jahren bereits in endgültiger Form im Beisein von einigen Zeugen, unter denen sich die Frau Marshall sowie u. a. der ehemalige Ministerpräsident Prystor befanden. Dieses Testament wurde zum Teil durch die Verfügung, das Gehirn des Marshalls dem Institut für Gehirnforschung zur Verfügung zu stellen, sowie durch den anderen Beschuß, das Herz des Marshalls zu führen seiner Mutter in Wilna niederzulegen, bereits ausgeführt. Ebenso ist die Beisetzung der sterblichen Überreste des Marshalls in Krakau eine Ausführung des Testaments. Es ist damit zu rechnen, daß das Testament über private Angelegenheiten durch die Familie in den nächsten Tagen vollständig zur Kenntnis gebracht werden wird.

Was aber

das politische Testament

angeht, so soll der Marshall dieses Testamente in Anbetracht der politischen Lage, die seit der Zeit, da er Staatschef war, wiederholt Schwankungen unterlag, von Zeit zu Zeit abgeändert und schließlich sogar verworfen haben. Man kann aber nicht mit voller Sicherheit behaupten, daß Józef Pilsudski überhaupt ein politisches Testament hinterlassen hat. Im Gegenteil: der Marshall hat, wie man hört, eine ganze Reihe von Wünschen in der Frage der Innopolitik, bei denen personelle Fragen nicht ausgeschlossen waren, dem Präsidenten der Republik zum Ausdruck gebracht.

Die Wünsche des Marshalls über die Armee kennen seine nächsten Mitarbeiter aus dem Generalinspektorat der bewaffneten Kräfte und aus dem Kriegsministerium genau. In Ausführung dieser Wünsche hat der Präsident der Republik unverzüglich, nachdem der Marshall für immer die Augen geschlossen hatte, den General Rydz-Smigly zum Generalinspekteur der Armee berufen. Die Berufung des Generals Kasprzycki zum Leiter des Kriegsministeriums erklärt man sich durch die Tatsache, daß General Kasprzycki als erster Stellvertreter des Kriegsministers, die in der letzten Zeit vom Marshall erlassenen Weisungen kannte.

Was die Außenpolitik betrifft, so ist es ebenfalls bekannt, daß der Marshall am Freitag vor seinem Ableben den Außenminister Józef Beck während des Empfanges, der im Beischen Hause zu Ehren des französischen Außenministers Laval stattfand, zu sich berufen hat. Es wird angenommen, daß der Marshall während des Gesprächs, das einen außergewöhnlich herzlichen Charakter trug, dem Minister Beck Direktiven in Fragen der Außenpolitik gegeben hat. Es ist somit anzunehmen, daß die Auslandsmitteilungen von dem politischen Testament eine Erfüllung darstellen, da weder die Familie des Marshalls noch seine Mitarbeiter die ausländischen Korrespondenten von den Wünschen des Marshalls sicher nicht informiert haben.

Auslösung des Kattowitzer

deutschen Elternrats.

Durch eine Verfügung der Polizeidirektion Kattowitz ist die Auflösung des Elternrats der dortigen deutschen Minderheitsschulen angeordnet worden mit der Begründung, daß der Elternrat nicht als Verein bei der Polizeidirektion angemeldet und sein Bestehen mit dem Vereinsrecht nicht vereinbar sei. Diese Verfügung erscheint zunächst unverständlich, weil der Elternrat auf Grund einer im Jahre 1931 von der Schulabteilung der Wojewodschaft eingetragenen Anordnung gegründet worden ist und seine Satzungen entsprechend den von der Wojewodschaft erlassenen Vorschriften aufgestellt wurden. Doch werden von dem Elternrat über die Angelegenheit nähere Mitteilungen veröffentlicht, die den Vorgang etwas verständlicher machen.

Danach hat der Elternrat dieser von einer großen Zahl von Schülern und Schülerinnen besuchten deutschen Anstalten in den ersten Jahren seines Bestehens eine recht erfolgreiche Tätigkeit entfaltet und u. a. erhebliche Geldmittel zur Unterstützung bedürftiger Schulkinder aufgebracht. Seitdem im vorigen Jahre sowohl die Knaben- als auch die Mädchenmittelschule polnische Lehrer erhalten hatten, war jedoch eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen Elternschaft und Schulleitung nicht mehr möglich: denn die Schulleiter bemühten sich offenbar, die Arbeit des Elternrats, die als Propaganda für die deutsche Schule angesehen wurde, zu unterbinden, indem sie sich weigerten, die Beiträge für den Hilfsfonds durch die Schule einzuzahlen. Sie verlangten weiter, daß alle Bekanntmachungen der Elternschaft der deutschen Schule in polnischer Sprache zu erfolgen hätten und legten schließlich durch ihr Eingreifen die Tätigkeit des Elternrats solahm, daß dieser bereits seine Auflösung beschließen wollte. Dem Auflösungsbeschuß ist die Polizei zuvor gekommen und hat zugleich, um dem Elternrat die Verfügung über das von ihm gesammelte Vermögen zu entziehen, zum Kurator über das Vermögen den Rektor der Knabenmittelschule bestimmt.

Gegen die Verfügung der Polizeidirektion ist Einspruch erhoben worden. Es ist jetzt in Aussicht genommen, in den nächsten Tagen eine Elternvereinigung für jüdische Minderheitsschulen zu gründen, in der auch die Elternschaft der Mittelschulen vertreten sein wird. Die beiden deutschen Mittelschulen in Kattowitz (Knaben- und Mädchenmittelschule) sind die einzigen Anstalten dieses Typs, die auf Grund des Genfer Abkommens in Oberschlesien erhalten geblieben sind. Sie erscheinen sich seit jeher besonderer Beliebtheit bei der Bevölkerung, was dadurch zum Ausdruck kam, daß ihre Schülerzahl vor zehn Jahren noch über 2400 betrug. Seitdem ist allerdings ein starker Rückgang eingetreten, hauptsächlich durch den von der Schulbehörde durchgeführten Abbau der unteren Parallelklassen, der mit Sparmaßnahmen begründet wurde.

Zusammenstoß zwischen Flugzeug und Kraftwagen.

In der Nähe von New-Jersey ereignete sich ein eigenartiges Verkehrsunfall. Auf einer belebten Landstraße wurde ein privates Kleinflugzeug, das eine Notlandung vorgenommen hatte, von einem Kraftwagen gerammt und zerstört. Die beiden Insassen des Flugzeuges wurden schwer verletzt, während der Kraftfahrer mit leichten Verletzungen davonkam.

Schluß der Rede des Führers.

In scharfen und bestimmten Worten wendet sich der Führer dagegen, daß man gegen jedes Recht und Naturempfinden den Deutschen im Memellande das Recht der Unabhängigkeit an die alten Herren und an die alte angehöre Gemeinschaft bestreitet, das jedem Tier noch zugestellt wird. Solange es den Garanten des Memelstatuts ihrerseits nicht möglich sei, Litauen zum Respekt der primitivsten menschlichen Rechte zurückzuführen, könne Deutschland mit diesem Staat irgend einen Vertrag nicht abschließen. Grundsätzlich erklärte der Führer zu der Frage der Richtangriffspakte wörtlich folgendes: „Mit dieser Annahme aber, die jederzeit von den dafür verantwortlichen Großmächten beobachtet werden könnte, sind wir bereit, jedem angrenzenden europäischen Staat durch einen Richtangriffs- und Gewaltausschließungs-Vertrag jenes „Gefühl der Sicherheit“ zu erhöhen, das ja auch uns als Gegenseite zu gute kommt. Wir haben aber nicht die Möglichkeit, solche Verträge durch Beistandspflichtungen zu ergänzen, die weltanständlich, politisch und sachlich für uns untragbar seien. Der Nationalsozialismus kann nicht die Angehörigen des deutschen Volkes, d. h. seine Anhänger zum Kampfe aufrufen für die Erhaltung eines Systems, das in unserem eigenen Staat zumindest als unser grimmigster Feind in Erscheinung tritt. Die Verpflichtung zum Frieden, ja!

Eine Kampfhilfe des Bolschewismus wünschen wir selbst nicht und wären auch nicht in der Lage, sie zu geben.

Im übrigen sehen wir in dem Abschluß der unbekannt gewordenen Beistandspakte eine Entwicklung, die sich in nichts mehr unterscheidet von der Bildung der früheren militärischen Allianzen. Wir bedauern dies besonders deshalb, weil durch das zwischen Frankreich und Russland abgeschlossene Militärbündnis ohne Zweifel in den einzigen Kriegen und wirklich wertvollen gegenseitigen Sicherheitsvertrag in Europa, nämlich dem „Locarno-Pakt“, ein Element der Rechtsunsicherheit hineingetragen wird. Die Deutsche Reichsregierung wird besonders dankbar sein, eine authentische Interpretation der Rückwirkungen und Auswirkungen des russisch-französischen Militärbündnisses auf die Vertragspflichten der einzelnen Vertragspartner des Locarno-Paktes zu erhalten. Sie möchte auch keinen Zweit-

fel über ihre eigene Auffassung aufkommen lassen, daß sie diese Militär-Allianzen als unvereinbar mit dem Geist und dem Buchstaben des Völkerbundstatuts hält.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich der Führer gegen die Unterzeichnung von Richtangriffspakten, solange dieser Begriff nicht eine genaue Definition erfüllt. Deutschland habe an sich den allermeisten Grund, sich zu freuen, wenn eine Methode gefunden werden könnte, um die Einflussnahme von außen zu verhindern, wobei er auf die vom Ausland her vorbereiteten und geführten kommunistischen Aktionen in Deutschland hinwies. In diesem Zusammenhang ging der Reichskanzler in längeren Ausführungen auf

die Tätigkeit der Emigranten im Auslande gegen Deutschland ein.

Dabei erklärte er über

die Beziehungen zu Österreich:

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumischen, Österreich etwa zu annexieren oder an anzuschließen. Das deutsche Volk und die Deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volk überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird. Ich selbst glaube, daß auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volke verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem großen Prozentsatz auch deutschen Schweiz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einfach deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine tatsächliche ist und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen.

Die Deutsche Regierung befürchtet die durch den Konflikt mit Österreich bedingte Spannung um so mehr, als dadurch eine Störung unserer früher so guten Verhältnisse zu Italien eingetreten ist, einem Staat, mit dem wir sonst keinerlei Interessen-Gegenseite besitzen.“

Wenn ich von diesen allgemeinen Betrachtungen nun ausgehe zu einer präziseren Fixierung der vorliegenden aktuellen Programme, so komme ich zu folgender

Stellungnahme der Deutschen Reichsregierung:

1. Die Deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entscheidung ab. Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern das Diktat von Versailles wurde in den bekannten Punkten einseitig verlesen und damit außer Kraft gesetzt durch jene Mächte, die sich nicht entschließen konnten, der von Deutschland erfolgten Würzung die vertraglich vorgesehene eigene Folgen zu lassen. Die durch ihren Beschluß in Genf Deutschland zugesetzte neue Diskriminierung machte es der Deutschen Reichsregierung unmöglich, in diese Institution zurückzukehren, ehe nicht die Voraussetzungen für eine wirkliche gleiche Rechtslage aller Teilnehmer geschaffen ist. Zu dem Zweck erachtet es die Deutsche Reichsregierung als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterscheidung der Nationen in Sieger und Besiegte, und dem Völkerbund, der aufgebaut sein muß auf der Gleichbewertung und Gleichberechtigung aller seiner Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuführen.

Diese Gleichberechtigung muß sich auf alle Funktionen und alle Beziehungen im internationalen Leben erstrecken.

2. Die Deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Würzungspflichten durch die anderen Staaten sich ihrerseits losgesagt von den Artikeln, die infolge der nunmehr einseitigen vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminierung der Deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellen. Sie erklärt aber hiermit feierlich, daß sich diese Maßnahmen ausschließlich auf die moralisch und sachlich das deutsche Volk diskriminierenden und bekanntgegebenen Punkte bezieht. Die Deutsche Regierung wird daher die sonstigen, das Zusammenleben der Nationen betreffenden Artikel einschließlich der Territorialitätsbestimmungen unbedingt respektieren und die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen.

3. Die Deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint, sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn seine Auffassung vor ihrem Regierungs- und Machtantritt statthaft, peinlichst einhalten. Sie wird insbesondere daher alle aus dem Locarno-Vertrag sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten und erfüllen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen. Die Reichsregierung sieht in der Respektierung der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhört schweren Vertrag zur Verhüttung Europas. Sie glaubt aber darauf hinzuweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenvermehrungen auf der anderen Seite keineswegs für eine Ergänzung dieser Bestrebungen anzusehen sind.

4. Die Deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Gesetz der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revision entgegenzukommen. Sie sieht in der Ermöglichung einer geregelten Vertragsentwicklung ein Element der Friedenssicherung, in dem Abrossen jeder notwendigen Handlung eine Aufstauung für spätere Explosionen.

5. Die Deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der neue Aufbau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in den Formen einseitig aufgestroyter Bedingungen vollziehen kann. Sie glaubt, daß es richtig ist, sich angesichts der nicht immer gleich gelagerten Interessen stets mit einem Minimum zu begnügen, statt diese Zusammenarbeit infolge eines unerfüllbaren Maximums an Forderungen scheitern zu lassen. Sie ist weiter der Überzeugung, daß sich diese Verständigung mit einem großen Ziel im Auge nur schrittweise vollziehen kann.

6. Die Deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Richtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegsführenden und eine Lokalisierung des Kriegsberdes abzielen. Sie ist insbesondere bereit, zur Übernahme aller Verpflichtungen, die sich daraus für die Lieferung von Materialien und Waffen im Frieden oder Krieg ergeben mögen und von allen Partnern übernommen und respektiert werden,

7. Die Deutsche Reichsregierung ist bereit zur Ergänzung des Locarno-Paktes, einem Aufabkommen auszustimmen und in seine Erörterung einzutreten.

8. Die Deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Ausbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekanntgegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen. Sie sieht weder zu Lande noch zur Luft, noch zur See in der Erfüllung ihres Programms irgend eine Bedrohung einer anderen Nation. Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die Deutsche Reichsregierung hat von sich aus bereits bestimte Begrenzungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Wettstreiten zu vermeiden. Ihre Begrenzung der deutschen Lusträstung auf den Stand einer Parität mit den einzelnen anderen westlichen großen Nationen ermöglicht jederzeit die Fixierung einer oberen Zahl, die dann miteinzuhalten sich Deutschland bindend verpflichten wird. Die Begrenzung der deutschen Marine liegt um 30 Prozent der englischen, mit noch 10 Prozent unter dem Gesamttonnageamt der französischen Flotte. Die Deutsche Reichsregierung erklärt bindend: Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende.

Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten. Die Deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des Britischen Weltreiches zur See an, genau so wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles Notwendige zum Schutz unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu tun. Die Deutsche Regierung hat die aufrichtige Absicht, alles zu tun, um zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten, das eine Wiederholung des bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen für immer verhindern wird.

9. Die Deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen unerlässlicher Rüstungen führen können.

Sie sieht den einzigen möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankenwänden der einstigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes.

Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verfehlung von Kampfmitteln und Kampfmethode, die ihrem inneren Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits geltenden Genfer Konvention des Roten Kreuzes.

Sie glaubt dabei, daß ebenso wie die Anwendung von Dumdm-Geschossen einst verboten und im Großen damit auch praktisch verhindert wurde, auch die Anwendung anderer bestimter Waffen zu verbieten, und damit auch praktisch zu verhindern. Sie versteht darunter alle jene Kampfwaffen, die in erster Linie weniger dem kämpfenden Soldaten als vielmehr den im Kampf selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Vernichtung bringen.

Die Deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzuschaffen, aber das Bombardement offen zu lassen, für irrig und unwirksam. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen international als völkerrechtswidrig zu verdammen, und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen, als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend, zu verfehlen.

Sie glaubt auch hier, daß ein schrittweises Vorgehen am ehesten zum Erfolg führen kann. Also: Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfzone. Diese Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verfehlung des Bombenabwurfs überhaupt fortgesetzt werden. Solange aber der Bombenabwurf als solcher freisteht, ist jede Begrenzung der Zahl der Bombenflugzeuge angesichts der Möglichkeit des schnellen Erfolges fragwürdig. Wird der Bombenabwurf aber als solcher als völkerrechtswidrig verboten, so wird der Bau von Bombenflugzeugen damit bald als überflüssig und zwecklos von

sich selbst ein Ende finden. Wenn es einst gelang, durch die Genfer Rote-Kreuz-Konvention die an sich mögliche Tötung von wehrlos gewordenen Verwundeten oder Gefangenen allmählich zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den Bombenkrieg gegen die ebenso wehrlose Zivilbevölkerung zu verbieten und endlich überhaupt zur Einsichtung zu bringen.

Deutschland sieht in einer solchen grundsätzlichen Auffassung dieses Problems eine größere Verhüttung und Sicherheit der Völker als in Beistandspakten und Konventionen.

10. Die Deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schwersten Waffen führt. Diese Waffen umfassen erstens schwerste Artillerie und zweitens schwerste Tanks. Angesichts der ungeheueren Festungen der französischen Grenze würde eine solche internationale Beseitigung der schweren Angriffswaffen Frankreich automatisch in den Besitz einer geradezu 100 prozentigen Sicherheit bringen.

11. Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberstärke, der Artillerie, der Schlachtschiffe, Kreuzer und Torpedoboote zuzustimmen, desgleichen ist die Deutsche Reichsregierung bereit, jede internationale Begrenzung der Schiffsgroße zu akzeptieren. Und endlich ist die Deutsche Reichsregierung bereit, der Begrenzung des Tonnengehalts der U-Boote oder auch einer vollkommenen Beseitigung für den Fall einer internationalen gleichen Regelung zuzustimmen.

Darüber hinaus aber gibt sie abermals die Versicherung ab, daß sie sich überhaupt jeder internationalen und im gleichen Zeitraum wirksam werdenden Waffenbegrenzung oder Waffenbefestigung anschließt.

12. Die Deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksamere Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.

13. Die Deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbindet und unmöglich macht. Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und alle Staaten zugute kommt.

Da die Gefahr besteht, daß in Ländern mit Regierungen, die nicht vom allgemeinen Vertrauen ihres Volkes getragen sind, innere Erhebungen von interessierter Seite nur zu leicht auf äußere Einmischung zurückgeführt werden können, erscheint es notwendig, den Begriff „Einmischung“ einer genauen internationalen Definition zu unterziehen.

Deutschlands Wehrkraft sichert den Frieden.
Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages!

Ich habe mich bemüht, Ihnen ein Bild der Auffassungen zu geben, die uns heute bewegen. So groß auch die Besorgnisse im einzelnen sein mögen, ich halte es mit meinem Verantwortungsgefühl als Führer der Nation und Kanzler des Reiches unvereinbar, auch nur einen Zweifel über die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens auszusprechen. Die Völker wollen ihn. Es muß den Regierungen möglich sein, ihn zu bewahren! Ich glaube, daß die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft zu einem Element dieses Friedens werden wird. Nicht weil wir beabsichtigen, sie zu einer fühlenden Größe zu steigern, sondern weil die einfache Tatsache ihrer Existenz ein gefährliches Bakterium in Europa besiegt. Deutschland hat nicht die Absicht, seine Nützungen ins Uferlose zu steigern.

Wir besitzen keine zehntausend Bombenflugzeuge und werden sie auch nicht bauen, im Gegenteil: Wir haben uns selbst eine Begrenzung auferlegt, die nach unserer Überzeugung den Schutz der Nation gewährleistet, ohne gegen den Gedanken einer kollektiven Sicherheit und ihrer Regelung zu verstören. Wir würden am glücklichsten sein, wenn eine solche Regelung uns die Möglichkeit geben würde, den Fleiß unseres Volkes für nützlichere Produktionen verwenden zu können als für die Herstellung von Instrumenten zur Zerstörung von Menschenleben und Gütern.

Wir glauben, daß, wenn die Völker der Welt sich einigen könnten, ihre gesamten Brand-, Gas- und Sprengbomben gemeinsam zu vernichten, dies eine billigere Angelegenheit wäre, als sich mit ihnen gegenseitig zu zerreißen.

Wenn ich so spreche, dann rede ich nicht mehr als Vertreter eines wehrlosen Staates, dem eine solche Handlung anderer keine Verpflichtungen, sondern nur Vorteile bringen könnte. Es ist nicht meine Absicht, mich an der in letzter Zeit an verschiedenen Orten eingerissenen Diskussion über den Wert anderer oder der eigenen Armee, über den fehlenden Mut fremder und die hervorragende Tapferkeit der eigenen Soldaten zu beteiligen.

Bekenntnis zum Frieden.

Wir alle wissen, wie viele Millionen Kämpfer und tödsmütiger Gegner uns leider im Weltkrieg gegenüberstanden sind. Uns Deutschen aber kann die Geschichte sicherlich öfter das Zeugnis aussstellen, daß wir die Kunst des vernünftigen Lebens weniger verstanden haben als die Kunst des anständigen Sterbens. Ich weiß, der Deutsche wird als Soldat, wenn je die Nation angegriffen würde, unter dem Eindruck der anderthalb Jahrzehnte langen Belehrung über das Schicksal besiegter Völker mehr denn je seine Pflicht erfüllen. Diese sichere Überzeugung ist für uns alle die Last einer schweren Verantwortung; und damit eine höchste Verpflichtung.

Ich kann die heutige Rede vor Ihnen, meine Mitkämpfer und Vertrauensmänner der Nation, nicht besser schließen als durch die Wiederholung unseres Bekenntnisses zum Frieden. Die Art unserer neuen Verfassung gibt uns die Möglichkeit, in Deutschland den Kriegsberden das Handwerk zu legen. Möge es auch den anderen Völkern gelingen, der wahren Sehnsucht ihres Inneren mutigen Ausdruck zu verleihen! Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen. Wir aber leben in der festen Überzeugung, daß sich in unserer Zeit nicht erfüllt der Untergang des Abendlandes, sondern seine Wiederauferstehung. Daß Deutschland zu diesem großen Werk einen unvergänglichen Beitrag liefern möge, ist unsere große Hoffnung und unser unerschütterlicher Glanz. (Nicht endenwollender stürmischer Beifall und Geläufe.)

